

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 74 A

BERLIN • Mittwoch, den 30 März 1932

1. JAHRGANG

Hammerschaften.

Ein neues Kuckucksei im Lager der Arbeiterschaft.

Von Fritz Grob.

Über die Aufgabe der Hammerschaften ist bisher von den Gewerkschaften noch nicht mehr gesagt worden, als daß sie ein Kampfmittel gegen den Faschismus sein sollen.

Da die freien Gewerkschaften als Organisationen, die ihre Machtpositionen in den Betrieben haben, bereits den Kampf gegen den Faschismus führen wollen, so kann man mit Recht die Frage stellen: wozu dann die Gründung von Hammerschaften?

Die Parole zur Gründung von Hammerschaften wurde gleichzeitig ausgegeben mit der Gründung der „Eisernen Front“. Die „Eiserne Front“ hat gründlich gezeigt, daß sie ein Propagandamittel zur Durchführung der SP-Politik ist. Nach dieser Erfahrung ist die Frage berechtigt: Werden die Hammerschaften etwa ebenso wie die „Eiserne Front“ das Firmenschild liefern für die reibungslose Durchführung der SP-Politik in den Betrieben?

Nachdem, was über die Organisation der Hammerschaften bekannt geworden ist, ist man geneigt, diese Frage ohne weiteres mit ja zu beantworten. Denn wenn die Funktionäre der Hammerschaften SP-Mitglieder sein sollen und sogar die Mitglieder der Hammerschaften „wenn irgend möglich treu zur SP stehen sollen“, oder die Eintragung in die „Eisernen Blätter“ Bedingung ist, so ist tatsächlich aller Anlaß gegeben, die Hammerschaften als ein Propagandamittel für die Parteipolitik der SPD zu bezeichnen.

Da die Hammerschaften aber eine gewerkschaftliche Einrichtung sein sollen, dürfen wir es als Mitglieder der Gewerkschaften mit dieser Beantwortung der Frage nicht bewenden lassen.

Sind die Hammerschaften heute eine notwendige Einrichtung im Interesse der Gewerkschaftsaufgaben, so dürfen sie nicht einer Parteiherrschaft ausgeliefert werden. Sind sie nicht notwendig, so sollen sie verschwinden.

Um die Frage zu beantworten, ob die Hammerschaften schon allein im Interesse der Gewerkschaften nötig sind, muß man von den Verhältnissen unter den Arbeitern in den Betrieben ausgehen.

Wenn den Hammerschaften die Aufgabe des Kampfes gegen den Faschismus gestellt wird, so kann dies nach Lage der Dinge doch zunächst nur heißen: Kampf gegen das Vordringen der Nazis in den Betrieben. Die Hib-Aktion der NS. auf die Betriebe soll zum Scheitern gebracht werden; denn auf diesem Wege wollen die NS die gewerkschaftliche Front zerrütten. Die Nazis sollen in ihrer Agitation innerhalb der Betriebe und vor den Betrieben endlich durch ein energisches, geschlossenes Auftreten möglichst großer Teile der Belegschaften eingeschüchtert werden. Es soll ihnen durch alle geeigneten Mittel, die die Kollegen innerhalb der Betriebe ja am besten kennen, jede Entwicklungsmöglichkeit unterbunden werden.

Um die hier genannten Aufgaben zu erfüllen, ist in den Betrieben tatsächlich ein engerer Zusammenschluß unter den Kollegen nötig, als ihn die formale Mitgliedschaft in den Gewerkschaften heute darstellt. Abgesehen davon, daß Nationalsozialisten sogar Mitglieder in den freien Gewerkschaften sind, und die KP-Kollegen von ihrer Partei den Auftrag haben, die freien Gewerkschaften zu zerstören, so sind viele der in den Gewerkschaften organisierten Mitglieder sehr unzuverlässig, zum Leidwesen jedes Betriebsvertrauensmannes. Die organisierten Kollegen in den Betrieben sind heute längst nicht mehr so fest verbunden und solidarisch mit einander, wie es etwa vor 1914 der Fall war. Hätten wir diese Verbundenheit heute, so wäre die Gründung von Hammerschaften allerdings unnötig.

Also: die Gründung von Hammerschaften ist vom Boden der Gewerkschaften aus durchaus nötig. Ja, noch mehr: die Hammerschaften, die sich innerhalb der Betriebe heute bilden lassen, sind vielfach zur Erfüllung ihrer Aufgabe noch zu schwach, da die Nazis vielfach in starker Zahl von außen an die Betriebe heranrücken. Deshalb sollten die Gewerkschaften die Frage prüfen, ob nicht zur Unterstützung der Hammerschaften in den Betrieben ein Teil der arbeitslosen Gewerkschaftskollegen außerhalb der Betriebe, entsprechend den Wohnbezirken, zu Hammerschaften zusammengeschlossen werden sollten. Damit würden die Gewerkschaften auch zum großen Teil die Frage eines festen Verhältnisses von arbeitslosen Mitgliedern zu den Gewerkschaften lösen können. Denn heute sind nach den neuesten Mitteilungen von AUFHÄUSER 45 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und 22 Prozent sind Kurzarbeiter. Da im allgemeinen nur Mittel- und Großbetriebe sich für die Bildung von Hammerschaften eignen, so ist die Zahl der in den Hammerschaften zusammengefaßten Mitglieder nur verhältnismäßig gering. Auch für den Schutz der Belegschaften kleinerer Betriebe ist bisher nicht gesorgt. (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Spaltung der holländ. SP.

Amsterdam, 28. März.

Auf der Parteitagung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Haarlem wurde eine Entschließung des Hauptvorstandes gegen die Linksopposition angenommen, was die Spaltung der Partei bedeutet. Die Opposition will daraufhin eine eigene Partei gründen.

Der Vorstand begründete seinen Antrag gegen die Opposition mit der Feststellung, daß ein organisiertes Vorgehen einer Gruppe mit einem eigenen Organ („Fackel“) unvereinbar sei mit der Zugehörigkeit zur Partei. Dieser Antrag wurde bei 2059 Stimmen mit 1599 gegen 460 Stimmen angenommen.

Nachdem die Mitglieder der Opposition ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärt hatten, wurde in Anwesenheit von etwa 400 Personen die Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei gegründet. Vorsitzender des vorläufigen Vorstandes ist der Sekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes, EDO FIMMEN. Ferner gehören dem Vorstände u. a. an das frühere Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei SCHMIDT, der Herausgeber der „Fackel“, sowie VAN DE GOES, der vor 40 Jahren einer der Mitgründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands war.

Der „Vorwärts“ meldet die Vorgänge auf dem holländischen Parteitag unter der Überschrift: „Klärung in Holland. Die dortigen Sozialdemokraten spalten sich ab“. In dem kurzen Kommentar wird der neuen Partei die gleiche Prognose gestellt wie der SAP: sie wird „den Weg ins Nichts“ gehen.

Wir werden anläßlich des Parteitages der SAP, der in den Ostertagen stattgefunden hat, Gelegenheit nehmen, unsere Stellung zu den Neubildungen, deren Abspaltung in erster Linie auf taktische Differenzen gegenüber der alten Partei beruht, noch einmal grundsätzlich zu erörtern.

Das dumm-stolze Gebaren der „Vorwärts“-Berichterstattung, die den Kampf von Männern wie EDO FIMMEN mit einer Handbewegung abtut, enthüllt andererseits leider wieder das traurige Verhängnis, daß ein gewaltiger Organisationsapparat die verantwortlichen Leiter dieses Apparats in den Besitz einer Macht bringt, deren Verwendung sie nicht mehr mit Gründen verteidigen, sondern die sie ausspielen in der Sicherheit, daß die andern damit nicht konkurrieren können; alle Folgen des Monopolsystems zeigen sich hier.

Parteitag der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei.

London, 26. März.

Am Sonnabend wurde die Jahrestagung der Unabhängigen Arbeiterpartei in Blackpool eröffnet. Von den zahlreichen Programmpunkten ist der wichtigste das Verhältnis zur offiziellen Arbeiterpartei. In seiner Eröffnungsrede führte der Vorsitzende FENNER BROCKWAY aus, daß die Po-

AUS DEM INHALT:

Die Partei der Kriegsfreiwilligen.
Hilfe für die Donauländer.
Die Schweiz auf gefährlichen Bahnen.
Lehrlingszüchtereien.
Das Wunder von Falkenstein.
Aus dem DMV.
Streik in Böhmen.

litik der Unabhängigen Arbeiterpartei revolutionär sein müßte, da der Reformismus vollständig zwecklos wäre.

Die wichtigste deutsche Frage seien nicht die Reparationen, sondern der Kampf zwischen dem Faschismus und dem Proletariat. Wenn dieser seinen Höhepunkt erreiche, so könne er nicht auf Deutschland beschränkt bleiben.

Nach einer langen und lebhaften Aussprache wurde die „bedingungsweise Verbindung“ mit der offiziellen Arbeiterpartei mit 250 gegen 53 Stimmen angenommen, wobei die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen den beiden Gruppen über die Fragen der Parteidisziplin, des Programms u. s. w. offengelassen wurde. Ein Antrag auf völlige Trennung unterlag mit 183 gegen 144 Stimmen und ein Antrag auf bedingungslose Verbindung mit der offiziellen Arbeiterpartei mit 214 gegen 98 Stimmen.

Parteitag der SAP.

Der Parteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist am Montag beendet worden. Das Organisationsstatut, die Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm wurden in der von den Ausschüssen vorgelegten Form durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

Zu der Prinzipienklärung gab allerdings ANNA SIEMSEN im Namen einer der Gruppen, die einen besonderen Entwurf für die Prinzipienklärung vorgelegt hatten, mit großer Schärfe die Erklärung ab: Die Prinzipienklärung würde von ihnen nur als Diskussionsgrundlage anerkannt; sollte die Freiheit dieser Diskussion in der Partei beschnitten werden, so seien die Genossen der Gruppe um SIEMSEN zu jeder Konsequenz bereit.

Auf den Inhalt der Auseinandersetzungen und Diskussionen kommen wir im Zusammenhang kritisch zurück.

Gegen den Imperialismus Englands.

Die Irischen Osterkundgebungen.

Dublin, 28. März.

Am Ostersonntag fanden in allen größeren Städten des irischen Freistaates die erwarteten großen Kundgebungen der irischen republikanischen Armee statt, an denen jedoch keine irischen Regierungsmitglieder teilnahmen. In Dublin allein beteiligten sich an den Kundgebungen 15 000 Personen. Sie marschierten in militärischen Formationen, mit Offizieren an der Spitze jeder Abteilung. Auf die republikanische Armee folgten die republikanischen Pfadfinder und anschließend die republikanischen Frauenverbände. Zehntausende von Menschen sahen dem Schauspiel zu. Auch in Ulster wurde eine geheime Kundgebung abgehalten, obgleich die nordirische Regierung sie streng verboten hatte. Auf allen Veranstaltungen wurde eine Kundmachung des republikanischen Armeerates verlesen, die sich in scharfen Worten gegen die englische Herrschaft wendet und die Errichtung einer freien irischen Republik fordert. Die Notwendigkeit für das Bestehen der republikanischen Armee, so heißt es in der Kundmachung unter anderem, sei solange gegeben, wie Irland gezwungen sei, ein Mitglied des englischen Weltreiches zu bleiben. Es sei die Pflicht aller Republikaner, den englisch-irischen Vertrag zu beseitigen. Die Jugend wird aufgefordert, „die Führung zu ergreifen, die Verbindung mit dem mörderischen Imperialismus zu durchbrechen und die Macht aus den Händen derjenigen zu entreißen, die diesen Imperialismus verewigen möchten.“

34 Tote des Osterverkehrs in Frankreich.

Paris, 29. März.

Der besonders starke Verkehr während der Osterfeiertage hat in ganz Frankreich 34 Menschen das Leben gekostet, während 120 Personen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davonkamen. — Ein besonders schwerer Unfall ereignete sich am Montag in der Nähe von Boulogne-sur-Mer. Zwei Motorradfahrer mit je einem Beifahrer stießen in voller Fahrt zusammen. Drei von ihnen waren auf der Stelle tot, während der vierte sterbend in ein Krankenhaus überführt werden mußte.

Weitere Verbote nationalsozialistischer Verbände.

Troppau, 26. März.

Auf Weisung des tschechischen Innenministeriums sind nun auch im Bereiche der Polizeidirektion Mährisch-Ostrau zwei Ortsgruppen des nationalsozialistischen Jugendverbandes aufgelöst. Weitere Verbote werden erwartet.

Hitler nicht in Braunschweig.

Die interne Arbeitstagung der Führer der HITLER-Jugend fand hier unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse statt. HITLER war nicht in Braunschweig.

Auf der Führertagung der HITLER-Jugend sprach Minister KLAGGES über die Schwierigkeiten, die dieser Tagung im Wege gestanden hätten.

Wir wissen, daß die Gewerkschaften sich heute scheuen, Kollegen zu einem Kampf zusammenzufassen, insbesondere arbeitslose Kollegen. Die Gewerkschaften fürchten, daß diese Kollegen auf die Gewerkschaftsleitungen dann einen Druck ausüben könnten, den Kampf nun auch energisch zu führen, woran es bis jetzt in jeder Hinsicht gefehlt hat.

Durch diese Überlegung werden auch die Gründe für die „Vorsicht“ der Gewerkschaften besonders klargestellt, weshalb nur zuverlässige SP-Mitglieder Funktionäre in den Hammerschaften werden dürfen. Das ist kein neuer Zug, den wir da sehen; denn praktisch wird dies innerhalb der Gewerkschaften bereits so gehandhabt, soweit nur irgend die Möglichkeit dazu besteht.

Da dieser Zug für unsere Stellung zu den Gewerkschaften nicht entscheidend sein darf wegen der Gefahr der Spaltung der Gewerkschaften, so dürfen wir die Herrschaft der SP auch nicht ausschlaggebend sein lassen für unsere Stellung zu den Hammerschaften, deren Gründung wir ja für notwendig erachten. Und dieses alles um so mehr, als auch nicht allerorts der Bruch der parteipolitischen Neutralität von allen SP-Gewerkschaftskollegen und -funktionären mitgemacht wird.

In diesem Zusammenhang dürfen wir auch nicht unbeachtet lassen, daß auch nicht von allen kommunistischen Kollegen die gewerkschaftszerstörenden Parolen der Kommunistischen Internationale befolgt werden. Die drei Jahre RGO-Politik haben gezeigt, daß die KP bei der Durchführung ihrer scheinradikalen Gewerkschaftspolitik sowohl auf aktiven Widerstand, als auch besonders auf den passiven Widerstand ihrer Mitglieder gestoßen ist, die die Parolen ebenso wie die „bolschewistische Selbstkritik“ über sich ergehen lassen. Die Gewerkschaftspolitik der KP ist heute so gut wie festgefahren. Nur eine radikale Umkehr wird sie aus dieser Lage befreien können.

Aus alledem können wir ersehen, daß Ansatzpunkte vorhanden sind, die fruchtbar gemacht werden können für die Wiederherstellung einer gemeinsamen Arbeit der verschiedenen politischen Richtungen auf dem Boden der Gewerkschaften. Diese Ansatzpunkte, diese Keime für die gemeinsame Arbeit dürfen wir nicht verderben lassen, sondern müssen sie pflegen. Wir dürfen also nicht aus Schein-Radikalismus die Wiederherstellung der parteipolitischen Neutralität in den Gewerkschaften auf sich beruhen lassen. Gerade bei der Erfüllung der praktischen Aufgaben der Hammerschaften kann für die Beachtung der parteipolitischen Neutralität in den Gewerkschaften manches gewonnen werden.

Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß auch die möglichen Spannungen, die Folge davon, daß die Hammerschaften nach dem Willen der SP ein Bestandteil der „Eisernen Front“ sein sollen, kein Grund für die Ablehnung der Hammerschaften sein darf, da wir das Recht haben, sie als gewerkschaftliche Einrichtungen nach den Grundsätzen der Gewerkschaften zu gestalten.

Irgendwelche anderen, neu zu gründenden Betriebs- oder Klassenwehren, die etwa die gleichen Aufgaben wie die Hammerschaften erfüllen sollen, sind, gemessen an der Größe dieser Aufgaben und der Kürze der Zeit, die uns heute noch verbleibt, ein so gut wie hoffnungsloses Beginnen. Wir dürfen uns die Erkenntnis nicht verdunkeln lassen: Die Einigung der Arbeiter auf dem Boden der Gewerkschaften ist das mindeste Erfordernis für die Abwehr des Faschismus und hat auch dort die günstigsten Bedingungen für ihre Verwirklichung.

Auch unter Berücksichtigung der Bedeutung der Hammerschaften bei einer etwaigen illegalen oder legalen Machtergreifung der NS ist die politische Bindung der Hammerschaften an die SP ein großer Fehler. Denn die Durchführung des Generalstreiks, der in beiden Fällen mit ganzer Kraft einzusetzen hat, erfordert innerhalb der Betriebe heute feste, entschlossene Kerntrupps.

Ausgerechnet die kampferfahrenen Sozialdemokraten sollen dafür die Geeignetesten sein? Den Zweifel daran wird uns niemand übernehmen.

Ja noch mehr: für den Fall der legalen Machtergreifung der NS entsteht für den demokratischen Sozialdemokraten ein besonders ernsthafter Konflikt. Nämlich: die Abwehr der legalen Machtergreifung durch Generalstreik u. ä. ist nur möglich durch Verletzung der Demokratie. Dieser Konflikt ist geeignet, bei einem Sozialdemokraten die Stoßkraft gerade im entscheidenden Augenblick völlig lahmzulegen.

China lehnt japanische Bedingungen ab.

Die chinesische Abordnung hat in der Antwort an die japanische Abordnung die japanischen Vorschläge über die Errichtung einer militärischen Zone in Wusung und über die Unterhaltung einer Marinebasis in Schanghai abgelehnt. Die Kuomintang erklärt, daß angesichts der japanischen Forderungen alle Verhandlungen nutzlos seien und daß Japan die Verantwortung für einen Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen trage.

Der chinesische Führer WANG TSCING-WEI äußerte sich ebenfalls dahin, daß eine Einigung mit Japan unmöglich sei.

Japan erwägt Austritt aus dem Völkerbund.

In der Sitzung des japanischen Kabinetts am Sonnabend erstattete Außenminister JOSCHISAWA Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in Schanghai und über die Stellungnahme Japans zum Völkerbund. Das Kabinett billigte die Politik des Außenministers und beschloß, ihm die nötigen Weisungen über die weitere Haltung Japans gegenüber dem Völkerbund zu erteilen. Ein Beschluß über den Austritt Japans aus dem Völkerbund ist nicht gefaßt worden, doch wird betont, daß dieser Schritt unvermeidlich sei, wenn der Völkerbund weiter Beschlüsse fasse, die die japanischen Interessen verletzen und gegen die Souveränität des japanischen Kaiserreiches gerichtet seien. Die japanische Presse fordert den sofortigen Austritt Japans aus dem Völkerbund.

Nanking - Moskau.

d Nanking, 27. März.

Der chinesische Außenminister LOWENKAN teilt mit, die chinesische Regierung habe beschlossen, die Frage der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Nanking auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Diese Frage wird übrigens auf der kommenden Parteikonferenz der Kuomintang, die am 1. April in Lojan eröffnet wird, beraten.

Verschärfung der Lage in Ostasien.

Am Montag nachmittag fand auf dem englischen Konsulat in Schanghai eine neue Vermittlungskonferenz zwischen japanischen und chinesischen Vertretern statt, die jedoch vollkommen erfolglos blieb. Die Japaner erklärten sich bereit, ihre Front auf die Linie Wusung-Kiangwan-Tschapel zurückzunehmen. Die Chinesen lehnten jedoch dieses Angebot ab und bestanden auf ihrer Forderung, daß die japanischen Truppen völlig aus China zurückgezogen würden.

Kurz nach Abschluß der Konferenz trat eine weitere Verschärfung ein, als ein amtlicher Bericht aus Hongkong eintrat, demzufolge der frühere Präsident des chinesischen Vollzugsausschusses, HUHANMIN, die chinesische Regierung aufgefordert hat, einen neuen Gegenangriff gegen Schanghai zu unternehmen. Es sollen zu diesem Zweck sofort Verstärkungen zusammengezogen werden. Ferner wird die chinesische Regierung aufgefordert, eine nationale Mobilmachung durchzuführen, um die Japaner aus ganz China zu vertreiben. Sofort nach Eintreffen dieses Berichtes fand eine halbamtliche Sitzung der japanischen Militärbehörden statt, auf der schärfste Maßnahmen und im Notfall Abbruch der japanisch-chinesischen Vermittlungskonferenz beschlossen wurde.

Die Völkerbundskommission ist am Montag in Nanking eingetroffen. Ihr Bericht wird nicht vor dem Herbst fertig sein.

Die sozialdemokratischen Genossen müssen sich schon jetzt entscheiden, was sie eigentlich sein wollen: Demokraten oder Sozialisten; grundsätzliche Anhänger einer Staatsform, die den schlimmsten Ausbeuter das „Recht“ gibt, sogar diese Staatsform zu beseitigen, oder Kämpfer gegen die Ausbeutung unter zweckmäßiger Gestaltung der Staatsform nach dem sozialistischen Ziel.

Sozialdemokratische Genossen, Gewerkschaftskollegen! Entscheidet Euch! Die Abkürzung des Golgatha-Weges der Arbeiterklasse hängt heute wesentlich von Eurem Verhalten ab! Wir brauchen heute nicht sozialdemokratische Hammerschaften zur Drosselung des Klassenkampfes, sondern gewerkschaftliche, überparteiliche Hammerschaften, die Klassenfront des Proletariats.

Französisch-italienische Flottenbesprechung.

k Paris, 26. März.

TARDIEU hat mit dem italienischen Botschafter MANZONI am Freitag abend eine politische Aussprache gehabt, der in Paris große Bedeutung beigemessen wird. Es geht das Gerücht, daß zwischen den beiden Staaten Flottengleichheit im Mittelmeer vereinbart worden sei, was als ein großes Entgegenkommen von französischer Seite angesehen wird.

TARDIEU arbeitet fieberhaft an der Herstellung einer breiten Basis für seine außenpolitischen Pläne. Italien und England stehen dafür selbstverständlich im Vordergrund seiner Beachtung.

Abschluß der deutsch-polnischen Wirtschaftsberatungen.

h Berlin, 26. März.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die in den letzten Wochen in Warschau geführten Besprechungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind zum Abschluß gelangt. Das Ziel der Besprechungen, einer weiteren Verschärfung des Zollkrieges zwischen beiden Ländern vorzubeugen, und die aus der letzten Zeit stammenden neuen Beschränkungen des Handels nach Möglichkeit zu beseitigen, ist erreicht worden. Im großen und ganzen sind die Einfuhrmöglichkeiten des Jahres 1931 beiderseits wiederhergestellt. Polnische Waren werden für diejenigen Waren, für die nach dem 31. Dezember 1931 neue Einfuhrverbote in Kraft getreten sind, Einfuhrkontingente gewährt, während deutscherseits die Anwendung des Obertarifs gegenüber Polen entsprechend eingeschränkt wird. Die polnische Regierung wird ihrerseits die Anwendung des Höchsttarifs gegenüber Deutschland auf diejenigen Waren beschränken, die bisher Kampfeinfuhrverboten unterworfen waren.

Regierungsmaßnahmen gegen die Finanzkrise.

m London, 28. März.

Der Senat von Chile hat mit 17 gegen 6 Stimmen dem Gesetzentwurf über den Verzicht Chiles auf den Goldstandard zugestimmt.

u Athen, 28. März.

Die Regierung VENIZELOS hat die internationale Finanzkommission davon in Kenntnis gesetzt, daß Griechenland ab 1. April die Tilgung der Auslandsschulden einstellen und die Zinszahlung anstatt in Goldpfunden nunmehr nur noch in Papierpfunden leisten wird.

Kein Theaterstreik in Frankreich.

k Paris, 28. März.

Der für den 29. März angekündigte Generalstreik der französischen Theater- und Lichtspielhäuser ist in letzter Stunde abgeblasen worden. Zwischen der Regierung und den interessierten Kreisen wurde nach langen Verhandlungen ein provisorisches Abkommen getroffen, das den Konflikt wenigstens vorläufig beilegt. Im einzelnen hat sich die Regierung bereit erklärt, den Theatern in Paris ein Drittel und in der Provinz ein Viertel ihrer Staatssteuern zu erlassen, was 5/2 bzw. 3 Prozent der Gesamtsteuerlasten ausmacht. Die von TARDIEU bewilligten Erleichterungen werden von ihm selber in der Mittwochsitzung der Kammer vertreten worden.

Neue Argumente.

d Buenos Aires, 29. März.

Der frühere Arbeitsminister ABALOS hat dem früheren Vizepräsidenten MARTINEZ zum Zweikampf aufgefordert. Ursache ist eine Veröffentlichung von MARTINEZ über die Umstände, unter denen er nach dem Aufstand vom Herbst 1930 zurücktrat und seine Vollmachten an General URIBURU übergab. Diese Veröffentlichung soll, wie ABALOS behauptet, beleidigende Äußerungen gegen ihn enthalten.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(73. Fortsetzung.)

Lobert achtet nicht mehr auf Germaines Worte, er lauscht mit vorgestrecktem Kopf zur Tür hin. Draußen auf den Gängen hebt plötzlich ein Rennen hin und her an. Stimmen hallen. Lobert klinkt die Tür auf. Lärmendes Geräusch dringt herein. Menschen jagen durch die Gänge. Der Ministerialdirektor Rougement stolpert vorbei. „Italienische Flieger bombardieren Nizza. . .!“ schreit er im Vorbeilaufen Lobert zu.

Von allen Seiten brechen Rufe hervor: Italienische Flieger bombardieren Nizza! Italien macht Krieg! Feindliche Geschwader im Rhonetal!

Germaine steht plötzlich im Strudel kreischender, verstörter Menschen. Krieg? Krieg? . . . Wer schreit das furchtbare Wort. . .! Mit keinem Atemzug denkt ein Franzose noch an Krieg!

„Erlogene Sensationsmeldung!“ ruft Germaine in die allgemeine Bestürzung hinein. „Gewissenlose Hetzer wollen nur die Stimmung aufpeitschen. . .!“

Rougement kommt wieder zurückgelaufen. „Toulon meldet eben den Anflug italienischer Geschwader. . .!“

Germaine schwankt, stützt sich gegen die Wand.

Zwei Schritte neben ihr krachen die Flügel einer Tür auf. Brandt hat das zugesperrte Schloß seiner Kerkertür gesprengt. Mit geisterhaft bleichem Gesicht überragt er den Tumult. Ehe Soldaten zuspringen können, ihm den Weg zu verlegen, hat er schon Rougement an der Schulter gepackt. „Wer lügt von italienischen Luftangriffen!“

Rougement knickt vor dem drohenden Gesicht wie vor einem bösen Geist ein. „Amtliche Funkmeldungen. . .“ stammelt er . . . aus Nizza und Toulon. . .“

Brandt stößt einen unverständlichen Laut aus. Seine Ellenbogen fliegen nach den Seiten, um Platz zu schaffen.

Der Offizier, der Broucq niederschloß, steht mit erhobenem Revolver. „Der Gefangene hat sofort ins Zimmer zurückzutreten!“

„Ich muß den Ministerpräsidenten sprechen. . .!“ schreit Brandt den Offizier an.

„Den Gefangenen ins Zimmer zurückführen!“ kommandiert der Offizier seiner Mannschaft.

Germaine sieht sich plötzlich von einem quirlenden Menschenhaufen in die offene Tür gedrückt. Brandt, von Soldatenfäusten gepackt, wird über die Schwelle zurückgestoßen. Germaine bleibt nichts übrig, als ins Zimmer hinein auszuweichen. Die Türflügel werden von außen zugeknallt.

Brandt starrt entgeistert Germaine an. „Wie kommen Sie in meinen verfluchten Kerker. . .!“

„Ich weiß es selbst nicht. . . ich wurde hereingedrängt, ohne daß es die Soldaten merkten. . . ich bin glücklich, Sie zu sehen, zu sprechen! Italien führt Krieg gegen uns. . .!“

„Nein! Halluzinationen! Die Leute in Nizza und Toulon sehen Gespenster! Wenn ich nur erst aus meiner verfluchten Hölle heraus wäre! Die Regierung ist zu jedem Wahnsinn fähig. . .“

Germaine greift nach den Händen des Erregten. „Es ist bestimmt Wahrheit! Capponi nutzt unsre grauenvolle Lage aus und überfällt uns! Helfen Sie, Brandt, helfen Sie! In ein paar Stunden kann die feindliche Luftflotte über Paris erscheinen!“

Brandt hat den Blick eines verwundeten Tieres. „Man hat mir Hirn und Hände gefresselt! Wenn ich dort die Tür öffne, renne ich in vorgehaltene Bajonette und Revolver. Sehen Sie, Germaine, den dort haben sie auch erschlagen. . .!“

Erst jetzt gewahrt Germaine auf dem Sofa in der Zimmerecke den mit einem Soldatenmantel überdeckten Leichnam. Hinter dem vorgestellten Sessel sieht ein Stück des eisgrauen Backenbarts hervor. Germaine wendet sich erschüttert ab. „Aber Sie, Brandt, müssen leben! Sie sind der einzige, der mit den rasend gewordenen Massen fertig wird!“

Brandt preßt die Fäuste gegen die Schläfen. „Niemand wird mit ihnen fertig! . . . Ich auch nicht. . . . Jetzt nicht mehr. . . . Jetzt kommt der Krieg aller gegen alle!“ Er wirft plötzlich die Arme leidenschaftlich in die Höhe. „Aber der andre drüben in Rom wird mitgerissen in unsern Sturz! Ganz

Europa soll mitgerissen werden! Dieses sinnlos gewordene Gebilde, das nicht die Kraft hatte, seine Henker rechtzeitig zum Teufel zu jagen! Unser Erdteil ist wert, von der Weltkarte ausradiert zu werden!“ Er schlägt seine Brust mit der Faust. „Nein! Er muß zur Besinnung kommen, dieser verkommenen Erdteil. . .!“ Er hat die Türflügel erneut mit Fußtritten aufgestoßen. Uniformen umringen ihn.

„General Audinot. . .!“

Der Generalstabschef, der gerade durch den Gang eilt, wendet sich zurück.

„Sorgen Sie dafür, General, daß ich sofort Saint Brice sprechen kann! Ich hab' Beßres zu tun, als mich von Soldaten bewachen zu lassen!“ Brandt steht schon neben dem Offizier, der ihn mit finsternen Augen ansieht. „Ist es Wahrheit? Oder nur lächerliche Ausgeburt einer Phantasie. . .?“

„Kommen Sie!“ Die Stimme Audinots klingt befehlsmäßig. Er winkt dem Bewachungstrupp ab.

„Ob es wahr ist, General!“ Brandt stürmt im Stechschritt neben dem General her.

Audinot starrt geradeaus. „Ich verzichte auf Privatgespräche.“

Es geht durch eine Flucht von Zimmern. Vor dem Beratungszimmer der Minister ist ein Offizier mit drei Dragonern postiert.

„Herr Kapitän, Sie haften dafür, daß dieser Herr jede Minute zur Verfügung des Herrn Ministerpräsidenten steht!“ Dann klappt hinter Audinot die Tür zum benachbarten Beratungssaal zu.

Drinnen empfangen ihn zwanzig kreidige Gesichter. Oben am Kopende sitzt Herr Lamoine, der beim Eintritt des Generalstabschefs zu reden aufhört.

„Ist der Angriffsbefehl an den Kommandierenden der Luftflotte abgegangen?“ fährt Humette auf.

„Vor fünf Minuten.“ — Audinot steht zwischen Saint Brice und Lamoine. Eine Sekunde Stille. Audinot legt ein großes Blatt auf den Tisch. „Der Mobilmachungsbefehl verträgt nicht mehr zehn Minuten Aufschub. Ob er durchführbar ist, muß die politische Leitung entscheiden.“

„Muß! Muß! Humette trommelt mit beiden Fäusten auf den Tisch.“

(Fortsetzung folgt.)

Krumpersystem und Vierzigstunden-Woche.

A. D. Der „Vorwärts“ vom 9. März 1932 brachte die Nachricht, daß auf dem Bremer „Vulkan“ trotz drängender Lieferfristen der laufenden Aufträge die 40-Stunden-Woche und das sogenannte Krumpersystem, d. h. das System der periodischen Auswechslung der Arbeitenden durch Arbeitslose durchgeführt ist. Da mich die Erfahrungen, die mit diesen Maßnahmen gemacht wurden, interessierten, sprach ich darüber mit einem Gewerkschaftskollegen, der Mitglied des Betriebsrates vom „Vulkan“ ist. Sowohl die Einführung der 40-Stunden-Woche am Beginn des vergangenen Jahres wie auch das Krumpersystem, das seit Oktober 1931 besteht, ist auf Betreiben der Betriebsleitung zurückzuführen. Die Einführung der 40-Stunden-Woche wurde damit begründet, die vorhandene Arbeit solle gestreckt werden, um den Zeitpunkt der Betriebsstilllegung oder der Entlassungen hinauszuschieben, und um die Gemeinden bzw. die Arbeitslosenversicherung in ihren sozialen Aufgaben zu entlasten. Dieselben Gründe wurden für das Krumpersystem geltend gemacht. Die Entlastung der Gemeinden bzw. der Arbeitslosenversicherung durch die 40-Stunden-Woche ist offenbar. Denn für die Zeit der Hinauszögerung der Betriebsstilllegung oder der sonst notwendig werdenden Entlassungen braucht keine Unterstützung gezahlt werden. Da kein Lohnausgleich gezahlt wird, tragen die einzelnen Arbeiter den Schaden, was bei ihnen selbstverständlich Unwillen auslöste. „Ja, wenn wir den Lohnausgleich hätten, dann wären wir auch mit dreißig Stunden Arbeit zufrieden!“ Aber die Belegschaft ist zur Zeit nur 900 Mann stark und draußen warten 2000 auf Arbeit! Trotz des Lohnausfalls hat die Belegschaft die 40-Stunden-Woche angenommen — zum Teil, weil die Betriebsleitung die Mächtigeren ist, zum Teil aus gewerkschaftlicher Solidarität.

Aehnlich verhält es sich mit dem Krumpersystem. — Die Auswechslung erfolgt im wesentlichen alle 6 Wochen, manchmal auch nach 6 Monaten. Denn nach einer Arbeit, die nur 6 Wochen dauerte, kann man die bisher bezogene Arbeitslosenunterstützung ohne Karenzzeit weiter beziehen und bei 26 Wochen Arbeit hat man die Anwartschaft auf die Unterstützung wieder erreicht. Die Auswahl der Einzustellenden soll — und wird auch im wesentlichen — weitgehend nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen: z. B. kommen die Wohlfahrtserwerbslosen und von ihnen die kinderreichen zuerst heran. Da die Auswahl allerdings auch nach dem Gesichtspunkt der Befähigung für die betreffende Arbeit getroffen wird und dafür in der Hauptsache das Urteil des die Arbeit leitenden Vorgesetzten maßgeblich ist, so haben diese Vorgesetzten ein entscheidendes Urteil abzugeben, womit eine Quelle von unsachlichen Bevorzugungen gegeben ist. Es ist die Aufgabe des Betriebsrates, solchen Ungerechtigkeiten vorzubeugen.

Zunächst scheint es so, als ob diese Auswechslung keinen finanziellen Nachteil für die Gesamtheit der beteiligten Arbeiter mit sich bringt. Im Gegenteil! Für jene, die ein halbes Jahr arbeiten und dadurch später, wenn sie wieder erwerbslos werden, statt in die Wohlfahrt zur Arbeitslosenversicherung kommen, besteht ein finanzieller Vorteil. Auch die Gemeinden werden dadurch entlastet. Trotzdem wehrte sich der Betriebsrat anfangs gegen diese Auswechslung und zwar, weil er dahinter die Absicht der Direktion vermutete, die besonderen Lohnzuschläge abzubauen. Tatsächlich ist auch eine starke Nivellierung der Löhne eingetreten. Neben besonderen Leistungszulagen bestanden in den drei Gruppen der Gelernten, Angelernten und Ungelernten je zwei oder drei verschiedene Lohngruppen. Die Neueingestellten bekamen aber alle den gleichen Lohn — natürlich den der niedrigsten Gruppe —, was auf die Dauer dahin führt, die höheren Gruppen mehr oder weniger aussterben zu lassen, die gesamte Lohnsumme also zu senken.

Wenn man auf Grund dieser Erfahrungen vom gewerkschaftlichen Standpunkt etwas über die 40-Stunden-Woche und

das Krumpersystem sagen soll, so muß man betonen: die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich ist eine starke Belastung der bisher Arbeitenden vor allem in der heutigen Zeit des Lohnabbaues und der Erhöhungen der Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Wird diese Maßnahme mit dem Krumpersystem verbunden, so ist für die bisher arbeitenden Kollegen der Druck noch verschärft. Und diese Verschärfung wird unerträglich, wenn das Krumpersystem mit der Nivellierung der Löhne verbunden wird. Dieser Belastung steht die Hilfe gegenüber, die den jahrelang kümmerlich lebenden Arbeitslosen zuteil wird. Im Ganzen wird allerdings die Kaufkraft der Arbeiter geschwächt. Denn die Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung durch die 40-Stunden-Woche und die Einsparungen bei der Firma infolge der Lohnniveleierung durch das Krumpersystem geht auf Kosten der Arbeiter. Hieraus geht klar die über die Einführung der 40-Stunden-Woche und des Krumpersystems hinausliegenden Aufgabe der Gewerkschaften hervor, nämlich dafür zu kämpfen, daß ein Lohnausgleich erreicht wird und kein Lohnabbau erfolgt.

Katastrophale Lehrlingszüchtereien.

L. G. In diesen Tagen verlassen Tausende junger Menschen die Schule. Die meisten von ihnen treten in ein Lehrverhältnis ein und kommen an die Plätze, die andere vor ihnen besetzt hatten. Die anderen, das sind die, die in einigen Tagen ausgelernnt haben und dann auf die Straße fliegen. Denn welcher Meister beschäftigt heute noch einen Lehrling, wenn dieser Geselle geworden und den „hohen“ Gesellenlohn beansprucht?

Die Lehrlingsausbildung in Deutschland ist in den letzten Jahren in eine bedrohliche Lehrlingszüchtereien ausgeartet. Die Zahl der Lehrlinge hat in einzelnen Gewerben eine katastrophale Höhe erreicht. In den Jahrbüchern der freien Gewerkschaften findet man darüber interessante Angaben, die verdienen, allgemein bekannt zu werden.

Nach den Erhebungen des Malerverbandes gibt es im Malergewerbe prozentual weit mehr als doppelt so viel Lehrlinge wie vor dem Kriege. Im Jahre 1909 kamen auf 100 beschäftigte Gesellen 18,7 Lehrlinge. Das war die höchste Zahl vor dem Kriege. 1926 kamen auf 100 Gesellen schon 41,3 Lehrlinge und 1929 gar 49,6. Im Bäckergewerbe sieht es noch schlimmer aus. Hier kommen, soweit die Bäckermeister dem „Germania-Verband“ angeschlossen sind, auf 100 beschäftigte Gesellen 79,7 Lehrlinge. Alle drei Jahre lernen hier rund 6000 Lehrlinge mehr aus, als überhaupt Beschäftigung für Gesellen vorhanden ist. Ähnliche Zahlen sind auch in anderen Berufsgruppen und Gewerbebezügen festzustellen. So kommen im Konditoreigewerbe auf 100 beschäftigte Gesellen 57,7 Lehrlinge. Im Fleischgewerbe kamen 1925 schon 67 Lehrlinge auf 100 Gesellen. Hier ist die Zahl der beschäftigten Gesellen in den letzten Jahren noch gesunken, die Zahl der Lehrlinge aber weiter gestiegen. Ganz besonders scheinen sich die Friseur auf die Lehrlingszucht verlegt zu haben. So meldet die „Friseurgehilfen-Zeitung“ Nr. 1, vom Januar 1932, „In Gelsenkirchen haben 25 Lehrlinge nun die Gehilfenprüfung bestanden, von 180 Lehrlingen, die in diesem Jahre in Gelsenkirchen überhaupt beschäftigt werden. Da aber nur 100 Gehilfen und Friseur in Gelsenkirchen beschäftigt werden — nein, am Anfang dieses Jahres beschäftigt wurden — müssen entweder 25 Gesellen entlassen werden, oder aber die 25 Ausgelernten haben keine Arbeit.“ Dieselbe Zeitung berichtet aus Beuthen, daß dort die Friseur-Innung kürzlich den tausendsten Lehrling in ihre Stammrollen eingetragen hat. In Beuthen gibt es nur 97 Friseurbetriebe. In Angermünde wurden 1924 im Friseurgewerbe gezählt:

42 Geschäfte, 10 Gehilfen, 3 Friseur, 8 Lehrlinge und 2 Lehrlingmädchen. Im Jahre 1931: 60 Geschäfte, 10 Gehilfen, 6 Friseur, 44 Lehrlinge und 9 Lehrlingmädchen.

Eine ebenso ernste Lage wird von fast allen Verbänden des ADGB gemeldet. Auch dort, wo ein Rückgang in der Lehrlingshaltung berichtet wird, sind die Zahlen der Lehrlinge gegenüber den Zahlen der beschäftigten Gesellen noch viel zu hoch. Die Wirkung dieser Lehrlingszüchtereien zeigt sich während der Krise ganz besonders. Die Lehrlinge sind für die Meister in erster Linie billige Arbeitskräfte. Sofort, wenn sie ausgelernnt haben, werden sie entlassen und durch neue ersetzt. Diese Erscheinungen sind in allen Gewerbebezügen zu beobachten. Besonders drastisch kommt die Lehrlingszüchtereien zum Ausdruck, wenn, wie der Malerverband in seinem Jahrbuch feststellt, die Meister dazu übergehen, „die Lehrlinge gegenseitig zu verleihen, um dadurch das Einstellen von Gehilfen zu umgehen.“

Unter diesen Umständen muß man sich fragen, ob denn die Berufsausbildung überhaupt noch einen Sinn hat. Was nützt es jungen Menschen, 3 bis 4 1/2 Jahre lang einen Beruf zu erlernen, wenn sie dann kein Unterkommen in diesem Beruf finden? Was nützt es, sagen zu können, „ich habe einen Beruf erlernt“, wenn nach beendeter Lehrzeit auch die Berufstätigkeit beendet ist. Was sollen aber die entlassenen Lehrlinge anfangen, wenn sie noch nicht 21 Jahre alt sind? Arbeitslosenunterstützung bekommen sie dann nur, wenn sie „bedürftig“ sind, wenn sie keinen Vater mehr haben oder der Vater selber arbeitslos ist.

Hier ist ein besonders wichtiges Aufgabengebiet für die Gewerkschaften. Es gilt die Lehrlingszüchtereien im Interesse der Lehrlinge und der Arbeiter zu bekämpfen. Der Kampf für tarifliche Regelung des Lehrverhältnisses und die Erhöhung der Lehrlingslöhne ist eine notwendige Aufgabe der Gewerkschaften, die bisher noch wenig Beachtung gefunden hat.

Post Deutschland Buenos-Aires in 4 1/2 Tagen.

p. Berlin, 27. März.

Nach einer am Sonnabend aus Buenos Aires bei der Deutschen Lufthansa eingetroffenen Meldung ist die Post des „Graf Zeppelin“ in Pernambuco von dem mit der Lufthansa zusammenhängenden brasilianischen Condor-Syndikat übernommen und in durchgehendem Tag- und Nachtflugdienst entlang der südamerikanischen Küste nach Buenos Aires befördert worden. Die Landung des Condor-Flugzeuges in Buenos Aires erfolgte am Freitag mittag, so daß sich also für die Postzustellung auf der Strecke Deutschland-Buenos Aires die neue Rekordbeförderungszeit von viereinhalb Tagen ergibt.

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

hat der ISK ein Sonderheft herausgegeben:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

39 Seiten. / Preis 20 Pfennig.

Wir bitten, sofort Bestellungen gelangen zu lassen an die

Internationale Verlags-Anstalt, G. m. b. H. / Berlin S14, Inselstr. 6a

Das Wunder von Falkenstein.

„Tausende finden in einer Welt des Zweifels zur Religion zurück.“

F. M. Unter dieser Überschrift bringt die „Frankfurter Illustrierte“, eines der angesehensten illustrierten Blätter, einen Bildbericht über eine Reise durch „Sächsisch-Sibirien“. Bilder zeigen die überfüllten Kirchen Falkensteins, von denen 15 000 Arbeitslosen noch 13 000, wie betont wird, ihre Kirchensteuer zahlen sollen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß von den Besuchern eines Kindergottesdienstes viele aus einem kommunistischen Elternhaus kommen sollen.

„Aber über nichts“, so heißt es weiter, „geriet ich so in Verwunderung als über den Anblick von Kommunisten, die mit ihren Kindern in den überfüllten Kirchen knieten und den lieben Gott um Kraft baten, ihrer Trübsal die Stirn bieten zu können.“

Man bedenke, Falkenstein, die Stadt, die durch MAX HÖLZ bekannt wurde, eine der verarmtesten Städte Sachsens, deren Arbeiterschaft noch heute zum großen Teil kommunistisch ist, baut auf den Gott ihrer Väter und auf dessen Stärke. Ein arbeitsloser Genosse, der den Bericht der „Illustrierten“ gelesen hat, hat sich daraufhin auf die Bahn gesetzt, 5 1/2 Stunden Fahrt daran gewandt, um nachzusehen, was es mit der Berichterstattung dieses Frankfurter Blattes auf sich hat.

Was ist in Falkenstein los? KNICKERBOCKER, der bekannte amerikanische Journalist, hat im Auftrag einer deutsch-amerikanischen Zeitung eine Reise durch Deutschland gemacht. Sein Buch ist gerade jetzt erschienen.

Um den Bolschewismus kennen zu lernen, suchte er nach einer Hochburg der Kommunisten und fand Falkenstein. Schnell war die Verbindung mit irgend welchen bereitwilligen Elementen aufgenommen, ein Reporter hat ja nicht so sehr viel Zeit, und das „Ding“ konnte gedreht werden. Ein Angestellter des Arbeitsamtes, der in Falkenstein den Spitznamen „der Papst“ trägt, hat den Amerikaner geführt. Der Reporter wollte die Not der Falkensteiner Bevölkerung kennenlernen. Ihm wurde das Armenhaus der Gemeinde gezeigt, in dem diejenigen einquartiert werden, die die Miete für eine andere Wohnung nicht mehr bezahlen können und deshalb herausgesetzt sind. Das Haus steht in Falkenstein am Markt Nr. 4.

Dort wohnt eine Familie G. Der Mann, der früher mit der KP stark sympathisierte, ging dann zum Jungdo und ist jetzt Anhänger der „Neuen Apostolischen Gemeinde“ und ein eifriger Kirchenbesucher. (Tatsächlich spielen Sekten in Falkenstein wie übrigens in vielen Dörfern und kleinen Städten Deutschlands eine große Rolle.)

Nun gut. Diese Familie G. und vielleicht noch zwei oder drei Familien ähnlicher Art, von denen aber kein einziges Familienmitglied jemals bei der KP eingeschrieben war, bildeten die Unterlage für den „wirklichkeitsgetreuen Bericht“ des amerikanischen Journalisten. Schnell wird der Photopaparät in Tätigkeit gesetzt und die Familie — man munkelt von einem kleinen Trinkgeld — steht zur Verfügung. Vielleicht hat die Familie nie gewußt, daß die Bilder später einer demagogischen Hetze dienen würden. Diese Bilder werden an die „Frankfurter Illustrierte“ geschickt und mit der Aufschrift versehen: „Tausende finden in einer Welt des Zweifels zur Religion zurück“. Tausende? Gemeint sind wohl die 1000 Kinder, die KNICKERBOCKER gezählt haben will bei einem Kindergottesdienst in der Zionskirche. Oder meinte er erwachsene Menschen? Woher will er wissen, daß es schon mal „verlorene Söhne“ waren? Trugen sie etwa den Sowjet-Stern an der Brust? Wie kommt er dazu, von „Kommunisten“ zu sprechen, „die mit ihren Kindern in den überfüllten Kirchen knieten und den lieben Gott um Kraft baten, ihrer Trübsal die Stirn bieten zu können“? Daß die Kirche stark besucht sei, soll nicht bestritten werden. Aber wer sind die Besucher? Kleinbürger und Nationalsozialisten, religiöse Sozialisten und Sektenanhänger, immer je nachdem, um welche Kirche es sich gerade handelt.

Übrigens stimmt es nicht, daß Falkenstein 15 000 Arbeitslose hat, von denen angeblich noch 13 000 Kirchensteuern bezahlen. Das stimmt schon deshalb nicht, weil Falkenstein insgesamt nur etwas über 16 000 Einwohner hat.

Es gibt knapp 3000 Erwerbslose in dieser Stadt. Von den 16 000 Einwohnern sind nach den Angaben des Vorsitzenden vom Verband Proletarischer Freidenker (VPF) 800 bis 1000 konfessionslos. Etwa 400 sind eingeschriebene Freidenker; davon über 260 beim VPF und über 100 beim „Deutschen Freidenkerverband“. 20 Anwärter beim VPF können zur Zeit nicht aufgenommen werden, weil sie das Geld für den Beitrag nicht haben.

Im Jahre 1931 hat der VPF 40 neue Mitglieder gewonnen, 10 verloren, zum Teil deshalb, weil sie das Beitragsgeld nicht mehr hatten.

Laut Bericht der Gemeindeverwaltung sind im Jahre 1931 gut 200 Menschen aus der Kirche ausgetreten. In diesem Jahr sind es mindestens schon wieder 60. Gleich nachdem KNICKERBOCKER seinen Bericht veröffentlicht hatte, veranstalteten die Kommunisten eine öffentliche Versammlung, in der TRAUHE HÖLZ zu diesem Bericht Stellung nahm. Sie forderte als Antwort auf die Provokation des bürgerlichen Journalisten den Austritt aller klassenbewußten Arbeiter aus der Kirche. Der Erfolg war, daß in den nächsten Tagen 38 der Aufforderung Folge leisteten. In keinem Jahr ist die Jugendweihe so gut besucht gewesen wie in diesem. 16 Kinder haben die Weihe erhalten, rund 400 Besucher waren anwesend. Bei der Abendveranstaltung anläßlich der Jugendweihe waren rund 700 Besucher da.

Selbst wenn auch von den bisherigen Angaben einige Abstriche gemacht werden müssen, oder richtiger, wenn auch einige Zusätze über „Bekehrungen“ sozialistischer Arbeiter das Bild abschließen würden, so herrscht doch in Falkenstein bei den organisierten Arbeitern, nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch bei den Sozialdemokraten der Eindruck, daß der Bericht der „Frankfurter Illustrierten“ ein grober und frecher Schwindel ist.

Bedauernswerte Priester.

H. Lt. München, 22. März.

Am Palmsonntag predigte Kardinal FAULHABER über das Sakrament der Beichte. Aus dem Evangelium „bewies“ er, daß die Beichte eine göttliche Einrichtung sei. Priesterliche Herrschaft hätte die Beichte niemals einführen können und habe sie auch nicht eingeführt, schon deshalb nicht, weil das stundenlange Beichtören für viele Priester eine Schädigung an Gesundheit und Leben mit sich bringe, für alle aber eine schwere Last der Verantwortung, außer anderen Opfern.

Auf diesen plumpen Verteidigungsversuch antwortet die Geschichte: Die Menschenherde zu bevormunden, ist ein Ziel, für das schon mancher Leben und Gesundheit geopfert hat!

Streik im nordböhmischem Bergbau nimmt zu.

m Prag, 26. März.
Die Lage der Streikbewegung im nordböhmischem Bergbau hat eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Zahl der Streikenden hat sich am Freitag von 5000 auf 12 000 Bergarbeiter erhöht, die insgesamt 27 Schächte stillgelegt haben. Auf mehreren Schächten forderten bis 1000 Personen starke Trupps streikender Bergleute und Frauen die Belegschaften auf, sich dem Streik anzuschließen, was in den meisten Fällen ohne Widerstand geschah. In einigen Fällen warf die Menge Kohlenwagen um und brachte die Förderanlagen zum Stillstand. Teilweise zwangen sie die Betriebsleitungen, die Arbeit einzustellen. Nur mit Mühe konnten Gewalttätigkeiten verhindert werden. Das Ueberlandkraftwerk, das den größten Teil Böhmens und die Hauptstadt Prag mit Kraft- und Lichtstrom versorgt, soll vorläufig genügend Kohlenvorräte haben.

3 unbezahlte Schichten im Monat. Erpressung durch die Unternehmer.

Dortmund, 26. März.
Bei der Abstimmung über den Antrag der Verwaltung der Zeche Caroline hat sich mehr als die Hälfte der rund 500 Mann betragenden Belegschaft bereit erklärt, monatlich drei Schichten ohne Bezahlung zu verfahren. Auf Grund dieses Ergebnisses wird die Stilllegung der Zeche Caroline am 1. April vermieden.

Ein grelles Bild der gegenwärtigen Schwäche der Arbeiterschaft!

Aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Beschlüsse des Beirates.

F. G. Am 21. und 22. März tagte in Berlin der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Er beschloß, daß der nächste Verbandstag vom 22. bis 25. August in Dortmund stattfinden soll und stimmte folgenden Entscheidungen zu:

I.

„Der erweiterte Beirat beauftragt den Vorstand, erneut von der Reichsregierung die schleunige gesetzliche Durchführung der 40stündigen wöchentlichen Arbeitszeit für sämtliche Zweige der erzeugenden und verarbeitenden Eisen-, Stahl- und Metallindustrie zu fordern, da sie im Hinblick auf die ungeheure Massenarbeitslosigkeit in der genannten Industrie zu einem zwingenden Erfordernis geworden ist.“

II.

„Der erweiterte Beirat stellt fest, daß der Preisabbau, den die Regierung bei ihrem Lohnabbau in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 versprochen hatte, völlig ungenügend durchgeführt worden ist. Der Beirat bezeichnet es als eine unerhörte Provokation der gesamten Arbeitnehmerschaft, wenn maßgebende Unternehmerführer unter dem Deckmantel der Wiederherstellung freier Entwicklungsmöglichkeiten in der Industrie neue Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen fordern.“

Der erweiterte Beirat verlangt von der Regierung, daß sie solche Forderungen energisch zurückweist und ihr der Arbeiterschaft gegebenes Versprechen einlöst.“

Um den Inhalt der zweiten Entschließung deutlicher zu machen, erinnern wir an folgendes: Am 30. April laufen infolge

der Notverordnung vom 8. Dezember vorigen Jahres fast alle Tarife ab. Die Unternehmer fordern erneute Herabsetzung der Tariflöhne und halten die Zeit für gekommen, das Tarifrecht zu ihren Gunsten auszuhebeln.

Wir erinnern an den Lohnkonflikt im Berliner Baugewerbe vor einigen Tagen. Die Unternehmer verlangten, in den Lohnvertrag eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher sie jederzeit die Möglichkeit hätten, neue Lohnverhandlungen und also Verschlechterung der Löhne zu verlangen, „sofern der Reichsarbeitsminister nicht den jetzt abzuschließenden Lohnvertrag für allgemeinverbindlich erklärt“, wie sie „entgegenkommend“ sagten.

Da ihr Reichsarbeitsminister nach den Erfahrungen der letzten Monate dies nicht tun wird, hätten die Herren Bauunternehmer die Möglichkeit, ohne Rücksicht auf den Ablauftermin des Vertrages neue Lohnsenkungen zu verlangen, während die Arbeiter aber — der Vertrag sollte nach den Wünschen der Unternehmer nur für die Zeit der Saison des Baugewerbes gelten — in der Lohnhöhe gebunden wären.

Tarifrecht? Ja, aber nur für die Unternehmer!

Bei dieser Lage löst natürlich die Mitteilung, die auf der Beiratstagung gemacht wurde, reges Interesse aus: Der Reichsarbeitsminister wolle seine Auffassung zu den Tariflöhnen und zur Verbindlichkeitserklärung nach den Osterfeiertagen in einer öffentlichen Wahlversammlung bekanntgeben. — In einer Wahlversammlung! Das muß das Mißtrauen gegenüber seinen Erklärungen um einige hundert Prozent erhöhen.

Telegraph und Telephon.

Im Elektrotechnischen Verein hielt vor einigen Tagen Ministerialdirektor I. R. CRAEMER einen Vortrag über das Thema: „Ein Jahrzehnt des Fortschritts im elektrischen Nachrichtenverkehr“.

Er bezeichnete die Drahttelegraphie als das Sorgenkind der Post, insofern sie einerseits in der Telephonie einen starken Konkurrenten gefunden hat und andererseits die immer neuzeitlicheren Verkehrsmittel, wie FD-Züge, Flugzeuge, einen Teil dessen, was früher über den Draht gegangen ist, besorgen. Hinzu kommt, daß die Telephonie wegen des erforderlichen Spezialpersonals teurer arbeitet als die Telephonie, und daß die Apparate, die dafür benutzt werden, teurer sind.

Dagegen ist die Telephonie auf größere Entfernungen wirtschaftlich dem Telephonbetrieb überlegen. Auf dem drahtlosen Gebiet hat die Transradiogesellschaft, die jetzt von der Reichspost übernommen worden ist, ihr Netz erheblich ausgebaut und Verbindungen mit dem Fernen Osten, mit Indien, mit Amerika, vor allem Südamerika, aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit ist zu erwähnen der Verkehr zwischen den einzelnen Schiffen, zwischen den Schiffen und der besonders dafür vorgesehenen Station Norddeich, ferner der funktentelegraphische Verkehr zwischen den Luftfahrzeugen untereinander und ihren Landorganisationen.

Der Telephonverkehr hat in dieser Zeit in Deutschland erheblich zugenommen, wenn er auch noch nicht die Verbreitung wie in Amerika gefunden hat. Während in Amerika auf 100 Einwohner 17 Telephonanschlüsse kommen, sind es in Deutschland nur fünf. Die Verbesserung im Fernsprechtbetrieb ist in erster Linie dadurch erreicht worden, daß die oberirdischen Leitungen beseitigt wurden und an ihre Stelle die Verkabelung getreten ist, zweitens durch die Verwendung der PUPIN-Kabel und drittens durch den Einbau von Verstärkern auf größere Entfernungen. Während es bis zu Anfang des Krieges so gut wie keine Kabel in Deutschland gab, und während des Krieges selbst nur ein Kabel von Berlin nach Köln mit ganz wenigen Adern zur Verwendung gekommen ist, sind jetzt Kabel mit bis zu 200 Adern in Gebrauch.

Auf den wichtigsten Verbindungen innerhalb Deutschlands sind genügend Kabel vorhanden, die auch dem intereuropäischen Verkehr dienen. Die ganzen europäischen Fernkabelanlagen in einer Länge von etwa 30 000 km worden auf einen Wert von mindestens einer Milliarde Mark geschätzt.

Zu diesen Fernsprechern über den Draht sind in den letzten fünf Jahren die Funksprechlinien entwickelt worden. Im Jahre 1927 kam die erste Funksprechanlage von London nach New York in Betrieb. In den Jahren nach 1929 die Linie Berlin—Buenos Aires, Berlin—Indien usw., so daß zur Zeit das Weltfunksprechliniennetz rund 350 000 km ausmacht. An dem auf diese Weise hergestellten Weltfernsprechnetz sind rund 90 Prozent aller Fernsprecher beteiligt, das sind 33 Millionen Menschen.

Auf 50000 Wähler ein Abgeordneter. Der neue Wahlquotient.

h Berlin, 24. März.

Die angekündigte Verordnung des preussischen Staatsministeriums, durch die der Wahlquotient für preussische Landtagswahlen von 40 000 auf 50 000 erhöht wird, ist jetzt veröffentlicht worden.

In Zukunft wird also der Landtag nicht mehr 450, sondern nur noch 375 Abgeordnete haben.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 30. März.

Berlin:

15.20 Dr. W. HERMANN: Die soziale Lage der erwerbstätigen Jugend.

22.25 Die Arbeitslosigkeit in den USA. (Zeitbericht von ACTUALIS).

Königs wusterhausen:

15.45 MARIA VON LIERES: Wie passen wir uns in der Geflügelfütterung den heutigen Verhältnissen an?

22.00 Dr. RAUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Leipzig:

19.05 Dr. M. R. BEHM: Schutzzölle (Vergleiche dazu die Artikel im „Funken“ Nr. 18: „Internationale Solidarität“, und in Nr. 37: „Zollmauern um England“).

Wien:

18.40 Dr. G. KISER: Sowjetrußlands Fünf-Jahr-Plan.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften



bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdrucker und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnnummer FI Moritzplatz 5471

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:

Deutsch, Englisch
und Esperanto

Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H.
Berlin S 14 Inselstraße 8a.

MAGDEBURG

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9

Telephon: 25 53 42

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräfte

Sprechapparate

Koffer Schatullen Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothenhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

Die Vormünder sind am Werk der Vernichtung geistiger Freiheit!
Darum helfe an der Aufklärung Sozialisten!

Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen

Von Leonard Nelson

Zweite, vermehrte Auflage. 265 Seiten.

Broschiert 3,— RM Ganzleinen 4,10 RM

Aus dem Inhalt:

Eigene Verantwortung und innere Wahrhaftigkeit. — Erziehung zur Tapferkeit. — Von der Zukunft der inneren Freiheit. — Erziehung zum Knechtsgeist. — Führer und Verführer. — Was ist liberal? — Ethischer Realismus.

Aus den Besprechungen:

„NELSONS ‚Reformation der Gesinnung‘ ist ein Aufruf und Programm, eine Sammlung von Stimmen zum Kampfe gegen Unrecht, Unfreiheit, Stumpfheit und Trägheit.“

„Neues Leben“, 2. Jahrgang, Heft 2/3

„Die bisherige Erziehung war viel zu sehr Erziehung zur Autorität und Opportunität und erzog dadurch zum Knechtsinn, die neue Erziehung — wie sie NELSON fordert — soll eine Erziehung zu eigener Verantwortung und innerer Wahrhaftigkeit sein.“

„Pädagogisches Zentralblatt“, 3. Jahrgang, Heft 1

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Hilfe für die Donauländer?

England lädt ein.

m London, 26. März.

Die britische Regierung hat der deutschen, der italienischen und der französischen Regierung vorgeschlagen, im April in London zu einer Konferenz zur Erörterung der Donaufrage zusammenzutreten. Die Konferenz soll so früh wie möglich stattfinden.

Die Konferenz wird sich wahrscheinlich zunächst mit der Frage zu beschäftigen, in welchem Kreis die Beratung der Donau-Pläne aufgenommen werden soll, ob die fünf Donaustaaten zunächst allein beraten sollen, wie Frankreich es forderte, oder ob die vier Großmächte von Anfang an beteiligt sein sollten, wie Deutschland und Italien vorschlugen. Die englische Einladung hat die Entscheidung dieses Streitiges also anscheinend noch nicht vorweggenommen. Trotzdem ist sie in Paris nicht sehr erfreut aufgenommen. Man hofft stark, daß es vor dieser Vier-Mächte-Konferenz noch zu der geplanten Aussprache zwischen TARDIEU und MAC DONALD kommt.

Die Donauländer zum Tardieu-Plan.

a Prag, 22. März.

Der tschechoslowakische Außenminister BENESCH erklärte vor den Außenausschüssen des Parlaments: Die Tschechoslowakei sei bereit, mit den übrigen mitteleuropäischen Staaten freundschaftlich zu verhandeln und dabei als Grundlage den Vorzugszollgedanken TARDIEUS aufzunehmen. Jede politische Aktion müsse dabei ausgeschlossen sein, ebenso der Gedanke an eine Zollunion. Zunächst aber müßten die Großmächte unter sich einig sein. Wenn Berlin und Rom der französischen Anregung nicht zustimmen würden, werde sich die Tschechoslowakei an nichts beteiligen.

r Wien, 24. März.

Der österreichische Bundeskanzler BURESCH führte in einer Rede über die österreichische Handelspolitik aus: Wenn in Mitteleuropa wirklich ein besseres Verhältnis herbeigeführt werden sollte, dann könne es sich nicht darum handeln, eine Klärung des Verhältnisses zwischen den kleinen Staaten im Donauraum allein herbeizuführen, sondern dann müsse als wichtigste Voraussetzung hierfür die Mitarbeit der Großmächte gesichert sein. In früheren Monaten sei viel von Unionen und Konföderationen gesprochen und geschrieben worden, jetzt sei es etwas ruhiger geworden. Trotzdem möchte er nicht verabsäumen, zu erklären, daß die österreichische Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß sie in der Zeit der schweren Wirtschaftsnot und der Zeit der völlig ungeklärten wirtschaftlichen Lage in ganz Mitteleuropa keinerlei politische Bindungen eingehen könne und werde. Gerade jetzt seien erfolgverheißende Anzeichen dafür vorhanden, daß es zu einer Klärung der unhaltbaren Lage in Mitteleuropa komme. Die Lage sei zum Reißenden gespannt, nicht nur in Oesterreich, sondern auch bei anderen Staaten im mitteleuropäischen Raum.

g Budapest, 28. März.

Der ungarische Außenminister WALKO erklärte, daß die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donauländer noch keine bestimmten Formen angenommen habe. Den Grundgedanken des TARDIEU-Planes umschrieb WALKO wie folgt: Die fünf Donaustaaten Ungarn, Oesterreich, Tschechoslowakei, Rumänien und Südslowenien sollen auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiet ein System der gegenseitigen Vorzugszölle aufbauen. Dann könnten die Ausfuhrüberschüsse der landwirtschaftlichen Staaten von den sogenannten Industriestaaten teilweise übernommen werden, wo

bei die interessierten Staaten mit dritten Staaten ergänzende Abkommen schließen können.

Die Stellungnahme Ungarns zu dem TARDIEUSCHEN Plan bestehe aus drei Punkten: erstens erhoffe Ungarn von der Verwirklichung des Planes bessere Absatzmöglichkeiten; zweitens sei infolge der zentralen Lage Ungarns aus dem sich voraussichtlich stark belebenden Durchgangsverkehr ein Nutzen zu erhoffen und drittens dürfte die wirtschaftliche Belebung auch eine Besserung der Finanzlage zur Folge haben. Die ungarische Regierung sei daher für den Plan TARDIEUS.

r Wien, 28. März.

Der rumänische Finanzminister ARGETOIANU äußerte in einem Gespräch, ein Donaubund sei überhaupt nicht zu verwirklichen, und wenn man es täte, würde man keine nennenswerten Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen Europas herbeiführen. Seines Erachtens könnte ein Ausweg aus den Schwierigkeiten nur durch eine Verständigung über den wirtschaftlichen Austausch ganz Europas herbeigeführt werden. Hierzu wäre ein Meinungsaustausch zwischen den Agrarstaaten einerseits und den Industrieländern andererseits und dann Verhandlungen zwischen Gruppen miteinander notwendig. Erörterungen über Einzelheiten dürften keineswegs einsetzen, bevor nicht eine grundsätzliche Verständigung erzielt sei.

Die französische Presse zur englischen Einladung.

k Paris, 29. März.

Die Einladung der englischen Regierung an die anderen Großmächte wird in der hiesigen Presse ganz verschieden beurteilt. Während die Rechteblätter die Auffassung vertreten, daß eine vorherige Verständigung zwischen Frankreich und England notwendig sei, ehe der Kreis der Großmächte erweitert werden dürfe, weist die gemäßigte und die linke Presse darauf hin, daß die Besprechungen zu zweien noch niemals glückliche Ergebnisse gezeitigt hätten. Man erinnert in diesem Zusammenhang an die Reisen des Ministerpräsidenten LAVAL nach London, Washington und Berlin, deren Ergebnisse sehr mager gewesen seien. Die Rechteblätter betonen jedoch, daß eine Fühlungnahme zwischen Frankreich und England um so wünschenswerter sei, als sie die einzigen seien, die den zu schaffenden Donaubund finanziell unterstützen würden. Erst nach einer vollständigen Einigung zwischen den beiden Mächten dürfe man Deutschland und Italien zu den Besprechungen hinzuziehen, um dann den Forderungen dieser beiden Staaten eine geschlossene Front gegenüberstellen zu können.

Die Partei der Kriegsfreiwilligen. Scheidemann empfiehlt sich.

„Deserteure, die Mitglieder der SPD gewesen sind, hat es im Weltkrieg überhaupt nicht gegeben. Die Versammlungen der „Deserteure“, die in Berlin Ende 1918 an den Littaßsäulen angekündigt wurden, standen ausnahmslos in schärfster Opposition zur SPD. Viele der Teilnehmer an jenen Deserteurversammlungen sind ganz zweifellos jetzt in den Lagern entweder der Kommunisten oder Nationalsozialisten. Gab es also Deserteure bei uns überhaupt nicht, so war die Zahl der sozialdemokratischen Freiwilligen unerhört groß. Wo aber ist der nationalsozialistische LUDWIG FRANK? Man wird ihn vergeblich suchen. Die sozialdemokratischen Redakteure HELLMANN, KUTTNER, STAMPFER und viele andere ließen ihre Redaktionsstuben in Stich und gingen freiwillig ins Feld.“ (PHILIPP SCHEIDEMANN in der „Münchener Post“.)

Die Polizei und die NS vor dem Staatsgerichtshof.

Ein unrühmlicher Vergleich.

h Berlin, 26. März.

Laut amtlicher preußischer Mitteilung ist der Vergleich SEVERINGS mit den NS vor dem Staatsgerichtshof durch die Zustimmung beider Parteien zu folgender, vom Reichsgerichtspräsidenten BUMKE formulierten Erklärung besiegt worden:

„Die Antragsteller (die NS. D. Red.) haben von dem Wortlaut der Verfügung des Landeskriminalpolizeiamtes Berlin vom 15.-17. 3. und von der Anordnung des preußischen Ministers des Innern vom 22. März 1932, auf die in dem Brief des preußischen Innenministers an Rechtsanwalt Dr. FRANK II hingewiesen ist, heute (also am 24. März) Kenntnis bekommen. Sie gehen hiernach davon aus, daß das gesamte über diese Anordnungen hinaus noch in polizeilichem Gewahrsam befindliche Material unverzüglich an die Stellen der NSDAP, bei denen es erfaßt worden ist, zurückgegeben wird. Die Antragsgegner (also die preußische Regierung. Die Red.) stellen fest, daß die Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 22. März vor Zustellung der Klage und unabhängig davon erlassen worden war; sie stellen ferner fest, daß der Sinn der Anordnung nur war, auf die genaue Beachtung der in der Verfügung des Landespolizeiamtes bezeichneten Grenzen noch einmal hinzuwirken.“

Es folgt dann die Aufzählung einer Anzahl von Schriftstücken.

„Die Beteiligten sind sich weiter darüber einig, daß durch diese Erklärungen der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung vom 19. März erledigt sein soll. Beide Teile behalten sich vor, in einem Verfahren zur Hauptsache (die Hauptsache ist die Frage der Verfassungswidrigkeit der SEVERING-Aktion und der Maßregelungen von Beamten wegen deren Zugehörigkeit zur NSDAP. Red.) ihre rechtliche Auffassung zur Geltung zu bringen und auch nach der tatsächlichen Seite hin mit weiterem Material zu belegen.“

Man wird nicht behaupten, daß diese amtliche Erklärung es einem leicht macht, sich ein Urteil über das zu bilden, was vor dem Staatsgerichtshof vor sich gegangen ist. Was steht in den Anordnungen vom 15.-17. März und vom 22. März? Was ist also „das über diese Anordnungen hinaus noch in polizeilichem Gewahrsam befindliche Material“, das an die NS zurückgegeben werden soll? Ist es, wie das „Berliner Tageblatt“ interpretiert, der „politisch und strafrechtlich gleichgültige Teil“, also Mitgliederverzeichnisse zum Beispiel? Und was ist das für ein Brief des preußischen Innenministers an Rechtsanwalt Dr. FRANK, von dem hier die Rede ist? Der Brief ist bisher nicht erwähnt worden. War es nötig, daß SEVERING ihn schrieb? Es wäre nicht nötig gewesen, wenn SEVERING mit einer Ablehnung des Antrages auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung hätte rechnen können.

Im ganzen: kein Triumph SEVERINGS, dessen Polizeibeamte anscheinend durch Beschlagnahme z. B. von Mitgliederverzeichnissen ihre Befugnisse überschritten hatten, und die damit den NS die Möglichkeit verschafften, vor dem höchsten Gericht des Reiches die gekränkte Unschuld zu spielen!

Für und gegen die Kirche.

p Madrid, 28. März.

In Castro in der Provinz Cordoba hielten Katholiken trotz polizeilichen Verbots eine Prozession ab, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, u. a. wurde der Ortspfarrer festgenommen. — In einem Dorf bei Burgos zerstörten Linksradike eine Kapelle durch Brandlegung, nachdem sie vorher die Kreuzfixe zerschlagen hatten.

Robert Koch. (1843—1910.)

Wir schließen hiermit DE KRUIFS Bericht über die Entdeckung des Milzbrand-Bazillus (aus dem Buche „Mikrobenjäger“). Zum rechtlichen Problem des Tierversuchs nehmen wir hier nicht Stellung.

Endlich fand er den richtigen Weg, den Mäusen die tödliche Anthraxkrankheit zu versetzen. Er hatte nicht einmal eine geeignete Spritze, um ihnen das vergiftete Blut einzuspritzen; aber nachdem er schon eine ganze Menge gesunder Mäuse nutzlos ruiniert hatte, nahm er Holzspänchen, reinigte sie sorgfältig und erhitzte sie in der Ofenröhre, behufs Tötung der etwa anhaftenden Mikroben. Diese Spänchen tauchte er in das kranke Blut, voll der geheimnisvollen Stäbchen und Fäden, und dann — Gott allein weiß, wie er ein zappelndes Mäuschen ruhig genug halten konnte — machte er dem Tier einen Schnitt in die Schwanzwurzel und praktizierte den von Blut voll-gesogenen Splitter in die Wunde hinein. Dann sperrte er die Maus in einen besonderen Käfig, wusch sich die Hände und ging die Wege eines gewissenhaften Arztes, etwa zu einem kranken Kind. „Wird dieses Viech, die Maus, wirklich an Anthrax sterben?“ dachte sein Kopf, und sein Mund sprach: „Frau SCHMIDT, nächste Woche kann Ihr Kind wieder in die Schule gehen.“ Im Gehen dachte der Kopf schon wieder: „Wenn ich mir nur nicht selbst das kranke Blut in diesen Schnitt an meinem Finger gebracht habe.“ Das war sein Leben in jener Zeit.

Als tags darauf KOCH in sein selbstgemachtes Laboratorium trat, fand er die Maus auf dem Rücken liegend, die Beine von sich gestreckt, tot und steif, das früher glatte Pelzhaar gestäubt, die weiße Farbe in bleiernes Grau verwandelt. Er erhitzte seine Messer, nagelte die Leiche des unglücklichen Geschöpfes an ein Brett, sezerte sie kunstgerecht, prüfte Herz und Nieren, spähte in jeden Winkel des toten Körpers. „Wirklich, die Veränderungen sind dieselben, wie im Innern eines anthraxtoten Schafes... da, die Milz, wie schwarz, wie geschwollen sie ist, sie füllt fast die ganze Leibeshöhle.“ Rasch schnitt er mit einem rein beglühnten Messer in die geschwollene Milz und schob einen schwarzen Tropfen daraus unter die Linse seines Mikroskops...

„Ja, sie sind da,“ murmelte er, „die Stäbchen und Fäden, in Schwärmen, gerade so, wie in des krank gestorbenen Schafes Blut, in welches ich gestern meinen Span getaucht hatte. Ich muß es sehen, wie sie wachsen, diese ver-teufelten Stäbchen, zu Fäden wachsen, und in eine lebendige Maus kann ich nicht hineinschauen.“

„Wie — soll — ich — sie — wachsen — sehen?“

Soviel wurde ihm allmählich klar, daß diese Fäden sich am leichtesten in einem tierischen Nahrungsstoff vermehren würden. Er nahm daher von der kranken Milz einer toten Maus ein Teilchen, kaum so groß, wie eine Nadelspitze, und doch voll der verhaspelten Fädchen, und tat es in ein Tröpfchen von der wässrigen Flüssigkeit eines Ochsenauges. „Das wird gute Nahrung für sie sein,“ träumte er. „Aber brauchen sie nicht auch zum Wachsen die Wärme einer lebenden Maus?“ Er baute sich also mit eigener Hand einen Inkubator, gewärmt durch eine Oel-lampe.

Manchmal glaubte er schon, sie wachsen zu sehen, aber sicher war er seiner Sache nicht, weil Mikroben anderer Art die abscheuliche Unart hatten, ihn in der Beobachtung zu stören, indem sie ihm dazwischen schwammen und purzelten, so daß die feinen Anthraxstäbchen verdrängt, überwachsen, verdunkelt wurden. „Wie fange ich es an,“ sagte er sich, „meine Anthraxstäbchen zu separieren, daß ich nur sie allein sehen könnte, ohne das Mikrobenzeug rund herum?“

Bis dann in einer glücklichen Stunde ein unglaublich einfacher Gedanke ihm aufblitzte, ein so närrisch leichter Versuch! „Ich bringe sie in einen hängenden Tropfen, wo mir kein anderes Geschmeiß hinein kann.“ Gedacht, getan. Auf ein sehr dünnes, glattes, klares, vorher durchhitztes Glasstückchen legte er einen Tropfen der Augenflüssigkeit eines frisch geschlachteten, gesunden Ochsen; in diesen Tropfen ließ er ganz behutsam ein winzig kleines Teilchen der Milz von einer eben an Anthrax verendeten Maus gleiten. Dann nahm er eine dickere rechteckige Glasplatte, die an einer Stelle eine tiefe, runde Höhlung hatte, und legte sie mit diesem Hohlraum über den Tropfen, so daß ihr Glas den Tropfen nicht berühren konnte. Rund um die Vertiefung hatte er die Platte mit Vaseline bestrichen, so daß das dünne Glas an dem dicken kleben blieb. Dann drehte er mit einem geschickten Griff diese einfache Vorrichtung um, und der Streich war gelungen: die dicke Platte war jetzt unten, und oben hing an dem dünnen Plättchen der Tropfen mit dem stäbchenreichen Milzpunkten, eingefangen in der Höhlung, abgeschlossen von allen anderen Mikroben.

KOCH selbst ahnte es vielleicht gar nicht, aber dieser Tag ist für die Geschichte der Mikrobenjagd und des Kampfes gegen den Tod fast ebenso entscheidend geworden wie jener, an dem LEUWENHOEK die kleinen Tiere im Wassertropfen entdeckte.

„In diesen Tropfen kann nichts hineinkommen, nichts ist darin als die Anthraxstäbchen, und jetzt will ich sehen,

ob sie sich vermehren werden,“ dachte KOCH, als er seinen Hängetropfen unter die Linse des Mikroskopes schob; und gespannt harrete er der Dinge, die da kommen werden. In dem Felde seiner Linse sah er nichts als — in enormer Vergrößerung — Milzfetzen, dazwischen hie und da ein schwimmendes Stäbchen. Zwei Stunden saß er da, die Stunde zu fünfzig Minuten gespannten Anschauens, und es geschah nichts. Dann aber rührte es sich unheimlich zwischen den Milzfetzen, und atemlos konnte er ein Drama beobachten, das ihn erschauern machte.

Die in den Tropfen schwimmenden Stäbchen begannen sich zu vermehren. Bald waren zwei, wo früher eines gewesen war. Da war eines, das sich dehnte, dehnte, bis es sich durch das ganze Gesichtsfeld schlängelnd zog — nach ein paar Stunden waren die Milzfetzen gar nicht mehr zu sehen, dafür aber Zehntausende von Stäbchen, zu Fäden ausgezogen, einem hoffnungslos verworrenen Knäuel farblosen Garns gleichend; aber das Garn war lebendig, zehrend, unentwirrbar, weil im Unsichtbaren mordend — eine gespenstische Vision.

„Also jetzt weiß ich es,“ keuchte der erste Mensch, der solches gesehen hatte. „Ja, sie sind lebendig, und jetzt sehe ich auch, wie sie meine armen Mäuslein, wie sie ganze Schafe, große Kühe umbringen. Laßt nur ein einziges von diesen Stäbchen in einen Riesenochsen eindringen, so groß wie eine Million von Millionen dieser Stäbchen. Das Stäbchen hat gar nichts gegen den Ochsen, es haßt ihn nicht im geringsten. Es will nur wachsen und sich vermehren. Aber aus dem einen Tierchen werden Millionen, in Schwärmen zersetzen sie sein Hirn, seine Lungen, jeden Teil seines Körpers, sie verstopfen die Blutkanäle. Es ist schrecklich, schrecklich, schrecklich!“

„Jetzt hätte ich schon die achte Generation gezüchtet, fern von jedem Tier, von jeder fremden Mikrobe; in diesem achten Hängetropfen ist keine Spur mehr von der Mäusmilz oder irgendeinem kranken Gewebe, nichts ist darin als die Nachkommen jener Bazillen, welche die Maus getötet haben... Wenn ich nun diese Nachkommen in den Körper einer Maus oder eines Schafes einführe, werden sie dann noch sich vermehren? Wenn sie es tun, dann ist es bewiesen, daß sie wirklich die Ursache der Anthraxseuche sind.“

So nahm er denn vorsichtig ein klein bißchen von dem vor lauter Mikroben trüben Hängetropfen und beschmutzte damit einen Holzsplitter. Diesen ließ er geschickt unter die Haut einer gesunden Maus gleiten.

Der nächste Tag sah den Kurzsichtigen über die Leiche des Mäusleins gebeugt: „Ich habe es bewiesen, da sind sie, die Stäbchen, die Fäden!“

Die Schweiz auf gefährlichen Bahnen.

In Nr. 56 teilten wir einige wichtige Sätze aus der schweizerischen Regierungserklärung vom 2. März mit. In ihnen rückte der Schweizer Bundesrat deutlich von den Forderungen nach Staatseingriffen ab. Wir bemerkten dazu, daß wir erstmals in der Lage wären, einer Regierungserklärung über wirtschaftliche Fragen in wichtigen Punkten zustimmen zu können.

Um so stärker war die Kritik anderer Stellen! Insbesondere die Exportindustrie wies warnend auf die Unterstützungen hin, die andere Staaten an ihre Exportindustrien geben.

Diesen Stimmen zu Liebe soll vorläufig ein Versuch gemacht werden mit zunächst 2,5 Millionen Franken (2 Millionen Mark). Aus diesen Mitteln sollen in „außerordentlichen Fällen“ Unternehmern der Exportindustrien Zuschüsse zu bestimmten Fabrikationsaufträgen gewährt werden, sofern ohne diese Zuschüsse der Auftrag nicht übernommen werden könnte und der Betrieb ganz geschlossen oder stark eingeschränkt werden müßte. Die Unterstützung soll grundsätzlich nur dort gegeben werden, wo ohne sie in erheblichem Maße Arbeiter entlassen werden müßten; es wird gefordert, daß die Zusicherung des Beitrages einer erheblichen Zahl von Arbeitern Beschäftigung gewährt. Sie soll ferner nur dort zur Anwendung kommen, wo es gelingt, durch sie Aufträge zu erhalten, die sonst an die ausländische Konkurrenz verloren gingen. In der Regel wird immer ein bestimmter größerer Auftrag in Frage stehen. Ausgeschlossen von der Unterstützung sind Bestellungen, die vor der Zusicherung eines Bundesbeitrages aufgenommen wurden.

Die Zuschüsse sollen unter dem Gesichtspunkte der Arbeitslosenhilfe erfolgen. Daher darf auch der Fabrikationszuschuß den Betrag nicht übersteigen, welchen der Bund voraussichtlich als Krisenunterstützung an Arbeitslose und als Beitrag an Arbeitslosenversicherungskassen auszuliegen hätte, wenn der in Frage stehende Fabrikationsauftrag nicht übernommen werden könnte. Auch soll die staatliche Hilfe auf keinen Fall dazu führen, wirtschaftlich ungesunde Betriebe zu erhalten oder Produktionsbedingungen Vorschub zu leisten, die mit normalen Wettbewerbsverhältnissen in Widerspruch stehen. Endlich sind die Fabrikationszuschüsse davon abhängig, daß der Kanton, in dessen Gebiet sich die Unternehmung befindet, ebenfalls einen Beitrag, und zwar in Höhe von mindestens zwei Drittel der Leistungen des Bundes übernimmt.

Der Bundesrat bezeichnet die Maßnahme selber als einen Versuch; er will Erfahrungen sammeln, um gegebenenfalls beim nächsten Zusammentreten des Parlaments größere Beiträge für solche Zuschüsse verlangen zu können. Insofern ist die Schweizer Regierung den anderen Regierungen immer noch an Klugheit überlegen, daß sie erst einen verhältnismäßig beschränkten Versuch macht, in einer Zeit, in der andere Regierungen die Millionen nur so zum Fenster hinauswerfen.

Die Durchführung der geplanten Maßnahmen wird zwei Folgen haben:

1. Die Anpassung an die geänderten Verhältnisse auf den Exportmärkten wird verhindert.
2. Die großen Betriebe werden gegenüber den mittleren und kleinen Betrieben bevorzugt.
3. Die ausländischen Käufer werden bei der Auftragserteilung gerade wegen jener Subvention besondere Preisnachlässe verlangen; die schweizerischen Subventionen werden also lediglich dazu dienen, den Ausländern die schweizerischen Waren, die sie sonst teurer bezahlt hätten, zu niedrigeren Preisen zu verschaffen. Rpt.

Zur Geschichte der Maschinenstürmer.

Wir beginnen heute mit der Darstellung eines Ausschnitts aus der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Wir wollen dadurch weit verbreitete Irrtümer über die Wirkung der Einführung neuer Maschinen berichtigen helfen.

Noch heute ist fast überall die Auffassung verbreitet, daß die Maschinenstürmer Arbeiter waren, die die Maschinen zerstörten aus Furcht, sie würden durch deren Einführung ihre Arbeit verlieren. Wer diese Auffassung vertritt, meint also, jene Arbeiter seien so beschränkt gewesen, sich vorzustellen, durch die Zerstörung von Maschinen sei die Rückkehr zur Handarbeit und damit die Beschaffung von mehr Arbeit möglich.

Damit wären, soweit es England, das klassische Land des Kapitalismus, angeht, zwei Tatsachen ganz unvereinbar.

Erstens die Tatsache, daß, soweit wir wissen, eine große Zahl der Arbeiter in den Textilgebieten, in denen die Maschinenstürmer zuerst auftraten, begabte Menschen waren, deren Interessen weit über den bloßen Broterwerb hinausgingen. Viele von ihnen beschäftigten sich mit den damals neuen Entdeckungen der Naturwissenschaft, NEWTONS und später DARWIN'S Bücher wurden mit großem Interesse gelesen, naturkundliche Beobachtungen und Sammlungen waren unter diesen Arbeitern keine Seltenheit. Ist es nun wahrscheinlich, daß diese Menschen so dumm waren, anzunehmen, man könne durch die Zerstörung der Maschinen die Handarbeit wieder einführen?

Zweitens spricht gegen jene Auffassung die Tatsache, daß überall, wo die neuen Maschinen eingeführt wurden, die Zahl der in den betreffenden Industrien Beschäftigten schon nach ganz kurzer Zeit außerordentlich zunahm. Dies hatte natürlich seinen Grund darin, daß mit der Einführung der Maschinen die Herstellungskosten für die erzeugten Waren viel geringer wurden und, da die Unternehmer miteinander in Wettbewerb standen, auch die Verkaufspreise fielen. Dadurch wurde aber eine erhebliche Erweiterung der Märkte möglich, besonders weil es bis ins 19. Jahrhundert noch sehr große Gebiete auf der Erde gab, in die der Kapitalismus noch nicht vorgedrungen war. Die sich daraus ergebende Mehrproduktion und also Mehrbeschäftigung von Arbeitern machte sich schon im 17. Jahrhundert in der Strumpfstrickerei bemerkbar.

Bankerotteure.

Kreuger-Konzern.

Die Sachverständigen-Kommission zur Prüfung der Lage der Firma KREUGER & TOLL hat ihren ersten Bericht veröffentlicht. Der Zweck dieses Berichtes ist wohl in erster Linie, den bereits früher von der Verwaltung ausgesprochenen Wunsch zu unterstreichen, die ausländischen Börsen möchten die Notierungen der KREUGER-Werte einstellen.

Der Bericht hat Aufsehen und Ueberraschung hervorgerufen. Nach ihm ist mit einem Verlust von mehr als einer Milliarde Kronen zu rechnen.

Es wird angenommen, daß die eigentliche Zündholzgesellschaft noch einigermaßen gesund ist. Die Schwierigkeiten liegen hauptsächlich bei der Firma KREUGER & TOLL, die Garantieverpflichtungen für Kredit- und Lombardgeschäfte der übrigen KREUGER-Gesellschaften übernommen hat. Daneben scheinen Stützungskäufe in eigenen Aktien der Firma erheblich geschadet zu haben.

Stockholmer Zeitungen äußern die Ansicht, daß KREUGER wahrscheinlich immer größere Schwierigkeiten hatte, den Riesenkonzern zu leiten, weil das große Gebilde immer unübersichtlicher wurde.

Michael-Konzern.

Wir berichteten bereits (in Nr. 72) über den Bankrott der Hausbank des MICHAEL-Konzerns, der Industrie- und Privatbank in Berlin. Nach einer Äußerung des „Vorwärts“ sind die Grundstücke MICHAELS insgesamt mit 65 Millionen Mark belastet. Für den größten Teil der Hypotheken-Schulden hat JAKOB MICHAEL die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen. Ob jedoch für die Gläubiger, unter denen sich auch die Steuerbehörden mit mehreren Millionen Mark befinden, die Möglichkeit besteht, ihre Forderungen einzukassieren, ist noch sehr fraglich. MICHAEL ist nämlich so gerissen gewesen, schon seit Jahren Millionenwerte aus dem Konzern auf den Namen seiner Frau zu übertragen.

Ein Großaktionär, der nichts zu sagen hat.

Auf der Generalversammlung der Dresdner Bank am 24. März sagte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Bankier ANDRAE: Die Bedenken, daß die Dresdner Bank nach Eintritt des Reichs als Großaktionär ihren privatwirtschaftlichen Charakter verlieren würde, haben sich als überflüssig erwiesen. — Für das Reich ist diese Feststellung kein Zeugnis für Initiative!

Obleich nunmehr 90 Prozent des Aktienkapitals in den Händen des Reichs und der Golddiskontbank sind, setzt sich der Aufsichtsrat der Dresdner Bank etwa zu gleichen Teilen aus Vertrauensmännern der öffentlichen Hand und Persönlichkeiten der alten Kundschaft zusammen. In dem neugebildeten vierköpfigen Präsidium des Aufsichtsrats vertreten der frühere preussische Finanzminister HÖPKER-ASCHOFF und der Bankier PFERDMENGES die Interessen des Reichs.

Bankbilanzen per Ende Februar.

Die Monatsbilanzen der deutschen Großbanken zeigen für kurzfristige Einlagen (unter drei Monaten) eine starke Abnahme bei allen Banken mit Ausnahme der Reichs-Kredit-Gesellschaft, die eine Vergrößerung zu verzeichnen hat. Diese Entwicklung ist ein Zeichen dafür, daß die Reichskreditgesellschaft für das sicherste Institut gehalten wird.

Der Gesamtbetrag der den Großbanken zur Verfügung stehenden fremden Mittel hat sich in den Monaten Januar und Februar um rund 300 Millionen auf 7,3 Milliarden Mark verringert, was auf das lückenhafte alte Stillhalteabkommen zurückgeführt wird.

bald nach 1770 auch in der Baumwoll- und Wollespinnerei, schließlich zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch in der Weberei, in der Kleisenindustrie u. s. w. Darf man nun wirklich annehmen, daß den Arbeitern noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts — bis zu dieser Zeit kamen in England Zerstörungen von Maschinen vor — diese Wirkung der Einführung von Maschinen entgangen war, Arbeitern insbesondere, die, wie erwähnt, eine für ihre Zeit sehr hohe Bildung besaßen?

Diese Tatsachen erwecken den Verdacht, daß für die Maschinenstürmer ganz andere Gründe ausschlaggebend waren als die Angst, durch die Einführung von Maschinen ihre Arbeit zu verlieren.

Was lehrt eine genaue Untersuchung an Hand der Quellen über die wahren Gründe, die die Maschinenstürmer zu ihren Handlungen bewegten? Was lehren darüber die Aufträge der Anführer, die Bittschriften an das Parlament, die Parlamentsberichte, die Berichte von Augenzeugen, die Akten der Polizeibehörden und der Gerichte?

Um uns dies klar zu machen, müssen wir zwischen den Vorgängen zu verschiedenen Zeiten genau unterscheiden. Hier wollen wir nur fünf der wichtigsten Perioden in denen Maschinenstürmer auftraten, zur Betrachtung herausgreifen: Die Aufstände im Anschluß an die Erfindung der Strumpfwirkmaschine im Jahre 1598, die großen Unruhen nach 1790, in denen hauptsächlich Spinnmaschinen zerstört wurden, die „Luddisten-Erhebung“ des Jahres 1811, den Landarbeiteraufstand von 1830, in dem viele Dreschmaschinen zerschlagen wurden, und schließlich die Unruhen in den Textilgebieten nach 1840

Die Strumpfwirkmaschine.

Die Strumpfwirkmaschine ist die erste Maschine von wesentlicher Bedeutung für die Entstehung der modernen Großindustrie. Die Städte Nottingham und Leicester in Mittelengland verdankten schon im 18. Jahrhundert einen großen Teil ihrer Industrie der Einführung dieser Maschinen. Aber die Konzentration der Strumpfwirkerei in den Fabriken jener beiden Städte war schon die zweite Entwicklungsetufe seit der Erfindung jener Maschinen.

Zunächst wurde die Strumpfwirkmaschine fast ausschließlich in der Hausindustrie verwendet. Die Hausindustrie des 17. Jahrhunderts war aber im allgemeinen schon kein Gewerbe

DEUTSCHLAND

Die Betriebe der deutschen Industrie waren im Februar nur zu 34,3 Prozent (im Januar 33,6 Prozent) ausgenutzt, und zwar die Betriebe der Verbrauchsgüterindustrien zu 43,5 Prozent (im Januar 41,6 Prozent), und die Betriebe der Produktionsgüterindustrien zu 27,4 Prozent (im Januar 27,6 Prozent).

Die Kohlenproduktion des Deutschen Reiches betrug im

	Februar 1932	Februar 1931
Steinkohlen	8 390 000	9 794 000
Braunkohlen	9 741 000	9 514 000
Koks	1 573 000	2 010 000
Preßkohlen aus Steinkohlen . .	369 000	378 000
Preßkohlen aus Braunkohlen . .	2 248 000	2 029 000

Eisen- und Stahlproduktion in Oberschlesien: In West-Oberschlesien wurden im Februar erzeugt: Rohstahl 16 000 Tonnen (im Januar: 13 000 Tonnen), Fertigprodukte der Walzwerke 13 000 Tonnen (im Januar: 10 000 Tonnen).

Einstellung von 800 bis 1000 Arbeitern: Erhebliche Auftragsengpässe geben den LINKE-HOFFMANN-Werken in Breslau die Möglichkeit, 800 bis 1000 Arbeiter demnächst neu einzustellen. Die Stadt Breslau hat sich bei der Beschaffung von Krediten, die zur Inangriffnahme der Aufträge notwendig sind, beteiligt.

Stickstoff: In der Ruhr-Chemie AG wurden im Laufe der letzten zwei Monate insgesamt etwa 120 Arbeiter neu eingestellt. Das Stickstoffgeschäft hat sich derart belebt, daß der Absatz zur Zeit höher ist als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die vorhandene Leistungsfähigkeit ist zur Zeit etwa zu 50 Prozent ausgenutzt.

Russenaufträge: Die Verhandlungen zwischen dem Stahlwerksverband und der Sowjet-Union wegen Erteilung neuer Aufträge sind abgeschlossen worden. Die Russen haben einen Auftrag auf 300 000 Tonnen Walzwerkzeugnisse erteilt (so viel wurde im Januar in Deutschland insgesamt produziert). Ein Abschluß für weitere 200 000 Tonnen Walzmaterial ist vorgesehen.

Reichsbahnaufträge für die Schwerindustrie: Das Beschaffungsprogramm der Reichsbahn für Walzwerkzeugnisse war bis zum 31. März befristet. Man rechnet damit, daß die Reichsbahn für die Zeit nach dem 1. April wieder größere Aufträge erteilen wird, da sie hinsichtlich der Ausbesserungen und des Streckenausbau mit insgesamt 8000 Kilometer Streckenlänge im Rückstand ist.

BULGARIEN

Schuldennachlaß: Nunmehr liegt dem Parlament auch ein Gesetzentwurf zu Gunsten der Schuldner, die nicht Landwirte sind, vor. Teils wird ihnen allgemein die Aufschiebung von Zahlungen zugestanden, unter der Voraussetzung, daß sie 10 Prozent der Schuld innerhalb kurzer Frist bezahlen. Teils kann das Gericht die Verpflichtungen der Schuldner bis zu 30 Prozent herabsetzen; der Zinsfuß für den Rest darf 8 Prozent nicht übersteigen.

ÖSTERREICH

Außenhandel: Im Februar ist der Wert der österreichischen Einfuhr kleiner gewesen als im Vormonat; der Wert der Ausfuhr ist gegenüber dem Vormonat gestiegen. Der Einfuhrüberschuß ist also kleiner als im Vormonat. Die Ziffern sind trotzdem für ein Schuldnerland noch erschreckend genug: Von der Gesamteinfuhr im Wert von 129 Millionen Schilling wird nur wenig mehr als die Hälfte durch die Ausfuhr bezahlt (nur 66 Millionen Schilling).

Spareinlagen: Nach dem Zusammenbruch der Kreditanstalt im Mai 1931 waren die Spareinlagen von 1700 auf 1100 Millionen Schilling gesunken. Im Januar 1932 haben sie sich von 1403 auf 1506 Millionen Schilling vermehrt.

Arbeitslosigkeit: Mitte März wurden 360 000 unterstützte Arbeitslose gezählt, rund 2000 weniger als Ende Februar.

mehr, in dem kleine Meister ihr Rohmaterial einkauften, ihre Erzeugnisse mit eigenen Werkzeugen herstellten und sie dann auf eigene Rechnung verkauften. Die meisten Heimarbeiter erhielten die Rohmaterialien von Kapitalisten zur Bearbeitung geliefert, ohne daß sie diese Materialien kaufen konnten. Sie stellten ihre Waren zu einem festgesetzten Lohn auf Rechnung der Kapitalisten her, die die Fertigwaren einsammeln ließen. Es ist daher auch erklärlich, daß mit der Einführung der Wirkmaschinen diese den Strumpfwirkern leihweise zur Verfügung gestellt wurden. Die Maschinen blieben also Eigentum der Kapitalisten, die sich ein hohes Lohngeld für die Nutzung der Maschinen zahlen ließen.

Gegen die dadurch entstandene Ausbeutung wandten sich die Maschinenstürmer in jener Zeit: Sie beklagten sich darüber, daß die Besitzer der Maschinen ihnen nicht genügend zum Leben ließen, daß sie ihnen die Rohmaterialien absichtlich nur mit langen Unterbrechungen lieferten, aber für die ganze Zeit Lohngeld für die Menschen verlangten u. s. w. Um den Kapitalisten, von denen sie sich ausgebeutet fühlten, Schaden zuzufügen, gingen die Heimarbeiter schließlich dazu über, ihre Maschinen zu zerstören, wohlgemerkt die Maschinen, an denen sie selber schon arbeiteten.

An diesen Ereignissen ist nun zweierlei bemerkenswert, das wir in ähnlicher Weise bei allen späteren Aufständen wiederfinden: Die Aufstände werden von dem unternommen, die schon an den Maschinen arbeiten, und sie richten sich gegen die Ausbeutung durch die Besitzer der Maschinen. An der Zerstörung der Strumpfwirkmaschinen beteiligten sich nicht zur Hauptsache Menschen, die durch die Einführung von Maschinen erwerbslos geworden waren, und in den Forderungen jener Maschinenstürmer ist nicht die Rede von der Beseitigung der Maschinen. Die Maschinenstürmer verlangten vielmehr von den Unternehmern und vom Parlament, daß ihnen die Maschinen in Zukunft für geringeres Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Sie wollen also gerade von den Maschinen noch besseren Gebrauch machen können als zuvor. Ihr Kampf richtete sich gar nicht gegen die Einführung der Maschinen sondern gegen die Verwendung der Maschinen als Ausbeutungsmittel.

Damit ist, soweit es den Aufstand der Strumpfwirker angeht, die eingangs erwähnte Auffassung von den Gründen der Zerstörung von Maschinen völlig widerlegt.

(Fortsetzung folgt.)

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 75 A

BERLIN • Donnerstag, den 31. März 1932

1. JAHRGANG

Die Lage der französischen Parteien.

R. B. Paris, 23. März.

„Viele Parteien, aber wenig Theorie.“

So schrieb neulich ein linksstehender französischer Schriftsteller und Politiker in einem Sammelband „Die Erneuerung der Politik“. Er und seine Mitarbeiter versuchen in diesem Buch die Frage zu klären, warum die französische Politik keine große Linie mehr hat, warum sie aus dem Gleis des Kleinkrams nicht mehr herauskommt.

Das Volk, — der Arbeiter, mit dem man zusammen auf einer Bank frühstückt, der Kleinbürger, der sich noch Gedanken macht und Ideale im Herzen trägt — es stellt sich die gleiche Frage. Es weiß nicht, in wen es Vertrauen setzen soll. Die Tatsachen der Politik wirken demoralisierend auf alle; das fühlt das Volk. TARDIEU, der Mann, der 1914 den Krieg mit gewollt hat, der an mehreren Finanzskandalen beteiligt war, führt die Geschäfte Frankreichs. Eine gekaufte Presse macht Reklame für die Kanonenhändler. „Man hat in der Politik und auch sonst den Sinn für moralische Gesetze verloren.“ Ungeduldig fragt der junge Franzose in dem oben genannten Buch. Er findet endlich die Antwort: „Wir leben ohne Ziel.“

Diese Geistesverfassung spiegelt sich wieder — wie sollte es auch anders sein! — in den politischen Parteien Frankreichs. Wir treffen wenig mehr von den Parteien, die Frankreich noch vor dreißig Jahren so stark erschütterten.

Ein anderer politischer Schriftsteller, BERL, der ein gutes Buch geschrieben hat „Die Politik und die Parteien“, hat den folgenden Satz niedergeschrieben: „Ich glaube an den Niedergang der heutigen Parteien... Sie können ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen, weil sie degenerieren. Sie lassen uns entworfen, allein und einflusslos.“

Wir gehen in Frankreich der Wahl entgegen. Die pessimistischen Äußerungen dieser nachdenklichen und politisch interessierten Franzosen wollen wir ergänzen durch einen Ueberblick über die Parteien der Rechten, der Mitte und der Linken, einen Ueberblick, der nicht all die einzelnen zahllosen Gruppen aufzählt, sondern nur ihre Hauptvertreter und deren augenblickliche politische Tätigkeit beleuchtet.

Das Rückgrat der Rechten ist die „Republikanische Demokratische Union“. Ihr Führer ist MARIN. Diese Partei gehorcht der Stimme des Industriemagnaten DE WENDEL, der während des Krieges Eisengeschäfte mit den deutschen Industriellen machte. Zu dieser Partei gehört auch der Herausgeber des chauvinistischen „Echo de Paris“, derselbe Mann, der die Mauern in Frankreich mit Hetzzeichnungen gegen Deutsche und Arbeiterparteien beschniimt, der Mann, der es versteht, in Frankreich Panikstimmung zu organisieren.

Das Programm dieser Partei ist ein so verlogenes Machwerk, wie man es selten zu sehen bekommt. Im Programm treten die Delegierten der Partei ein für Freihandel, gegen die Einmischung des Staates in die Wirtschaft. Im Parlament stimmen sie für Zölle und Subventionen, ja sie verlangen ausdrücklich solche Maßnahmen. Im Programm treten sie ein für persönliche Freiheit, gegen polizeiliche Uebergriffe. Im Parlament propagieren sie rigorose Schritte gegen die Kommunisten. Die Partei empfiehlt heute offen die Forderung der Kirche, agitiert gegen die weltliche Schule. Katholische und protestantische Pfarrer sind bei ihr eingeschrieben. Die Partei, der schärfste Gegner des französischen Proletariats, stand hinter TARDIEU, als dieser, schon unter LAVAL, das Steuer immer mehr nach rechts drehte. 1928 kam die Union verklärt ins Parlament zurück. Sie wird sich voraussichtlich in der nächsten Wahlschlacht nicht schlecht behaupten. Die Kapitalisten und Nationalisten, die Wortführer in dieser Partei, werden von den reaktionären Kleinbürgern unterstützt werden, die von der Rettung durch die großen Bourgeois einen neuen Frühling erwarten.

Die Gruppen der Mitte: Sie zerfallen in einen linken und einen rechten Flügel. Ihre bedeutsamste Gruppe umfaßt die „Republikaner von links“. Alle Gruppen der

Groener berichtigt.

Der Fluch der bösen Tat. — Wann geht Herr Groener?

h Berlin, 29. März.

In der Presse ist behauptet worden, der Reichsinnenminister GROENER habe den nationalsozialistischen Befehl vom 2. März, in dem angeordnet wird, daß am 13. März die SA-Leute in den Unterkünften zusammenzuziehen seien, schon vor dem Wahltag gekannt. Wie von Seiten des Reichsinnenministeriums mitgeteilt wird, hat der Wortlaut des Befehls dem Reichsinnenminister vor der Wahl nicht vorgelegen. Der Minister hat, als er den Befehl eingesehen hat, sofort die schwersten Bedenken dagegen geltend gemacht. Der Wortlaut ist ihm erst am Freitag nach der Wahl von dem nationalsozialistischen Abgeordneten FRANK II mitgeteilt worden. Der Reichsinnenminister hat darauf dem Abgeordneten erklärt, wenn er den Wortlaut des Befehls vorher gekannt hätte, hätte er sofort Einspruch erhoben.

Wann wird GROENER von den NS genug wissen, um ohne Kenntnis ihrer „Befehle“ die Gemeingefährlichkeit ihrer Unternehmungen zu kennen! Und wann wird man von Herrn GROENER genug wissen, um ihm die Verantwortung für das Ministeramt zu nehmen!

I München, 29. März.

Zu der Berichtigung des Reichsinnenministeriums, betreffend den nationalsozialistischen Befehl vom 2. März, teilt die Pressestelle der NSDAP mit:

Die Abgeordneten GÖRING und Dr. FRANK II haben im Verlaufe ihrer Unterredung mit dem Reichsinnenminister dem General aus den Akten des Rechtsanwalts Dr. FRANK II die Originalfassung des Befehls des Stabschefs der SA vom 2. März, Vorbereitungen für den Reichspräsidentenwahlkampf betreffend, unterbreitet. Es ist unrichtig, daß General GROENER im Verlaufe dieser Unterredung irgendwie erklärt hätte, daß, wenn er den Wortlaut des Befehls vorher gekannt hätte, er sofort Einspruch erhoben hätte. Es wird demgegenüber ausdrücklich festgestellt, daß bei diesem Empfang

Lange Leitung.

Der Rechtsstreit um den „Osterfrieden“.

p Braunschweig, 29. März.

Das braunschweigische Staatsministerium hatte beim Staatsgerichtshof Verwaltungsklage erhoben und beantragt, die Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze des inneren Friedens“ vom 17. März 1932 aufzuheben, gegebenenfalls ihre Gültigkeit auf die Zeit vom 20. bis einschließlich 28. März zu beschränken, da nach Ansicht des Staatsministeriums die Voraussetzungen für den Erlass dieser Verordnung nicht gegeben seien und eine erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eintreten würde, wenn die Verordnung nicht erlassen worden wäre.

Wie die Telegraphen-Union aus dem Staatsministerium erfährt, ist die Antwort auf diese Verwaltungsklage eingegangen: Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich teilt mit, daß es nach der Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes unmöglich sei, eine Entscheidung über die Klage auf Kürzung des Osterburgfriedens vor Ablauf desselben herbeizuführen.

Gesetzt, die Verordnung des „Osterfriedens“ war wirklich mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht vereinbar, gesetzt also, daß diese Verordnung selbst nach den

Mitte sind keine eigentlichen Parteien; sie besitzen keine ausgebauten Organisationen; sie sind durch gelegentliche Streitereien und durch Manöver zur Welt gekommen; eines Tages werden sie nach der gleichen Methode sterben. Nur eins ist ihnen allen gemeinsam: auch sie sind arbeiterfeindlich.

Wer gehört zu diesen Gruppen? Geschäftsleute, Vertreter des Bergbaus, der Versicherungsgesellschaften, der Industrie des Nordens. Manchmal sind sie für Freiheit des Handels, manchmal stimmen sie für die Verdoppelung und Verdreifachung der Zölle. TARDIEUS Mannschaft, nicht die Führergarde der Reaktion, hat hier ihren Standort, — sehr bezeichnend für das Niveau der jetzigen Regierung. Hier wurde auch das Komplott des

AUS DEM INHALT:

Tardieu fährt nach London.
Gewerkschaftszeitungen über Werbearbeit.
Der Perlentauher.
Kommunistische Kommunalpolitik.
Neues aus der Naturwissenschaft.
Hugenberg vor den Kulissen.
Auch konfessioneller Osterfriede?
Japanischer Wirtschafts-imperialismus.

Reichsinnenminister GROENER seinem Erstaunen über die Polizeiaktion SEVERINGS Ausdruck verliehen hat. Ausdrücklich hat Reichsinnenminister GROENER erklärt, daß er persönlich an der Legalität HITLERS in keiner Weise zweifele.

Das hat also GROENER von seinen „vertraulichen Besprechungen“ mit den Mord-Organisationen: er muß sich mit ihnen öffentlich darüber auseinandersetzen, ob er lügt oder sie. Der Erfolg: die staatliche Wehrmacht wird für eine Abwehr der NS gelähmt. Darum: fort mit GROENER! Die Durchsetzung dieser Forderung ist ein Schritt im Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faschismus.

geltenden Bestimmungen eine Rechtsverletzung darstellte, so soll es also durch die Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes ausgeschlossen sein, die Rechtsverletzung zu verhindern oder mindestens abzukürzen! Ein so schwerfällig arbeitender Apparat ist dem Zeitalter der Notverordnungen, die ein sehr rasch wirkendes Instrument staatlicher Rechtsverletzung sein können, nicht mehr angepaßt.

Bergarbeiterstreik nimmt zu. 20 000 streiken.

q Mährisch-Ostrau, 29. März.

Der Streik im nordwestböhmisches Grubengebiet nimmt rasch an Ausdehnung zu. Zur Zeit liegen 52 Schächte still; es streiken etwa 20 000 Bergarbeiter.

Der Streik im nordwestböhmisches Grubengebiet hat zu einem Zusammenstoß der streikenden Bergarbeiter mit der in das Streikgebiet abkommandierten Gendarmerie geführt. Die Hauptkämpfe haben stattgefunden um den Julius-Schacht, bei dem es zu einem Kampf von etwa 1000 Bergarbeitern mit der Polizei kam.

Auf Grund dieser Kämpfe sind Teile eines Infanterieregiments einmarschiert; alle Städte im Kohlenrevier sind von Gendarmerie-Patrouillen besetzt. Es herrscht eine große Erregung in der Arbeiterschaft. Wie einstweilen verlautet, sollen die Führer der Bergarbeiter-Verbände die Teilnahme an den Streiks abgelehnt haben.

Wahlgesetzes ausgeheckt, das das Ziel hatte, durch Beseitigung des zweiten Wahlgangs Mandate vor einem Rutsch nach links zu retten. Glücklicherweise ist dieses Komplott noch gescheitert.

Zur Linken gehören alle, die heute die Opposition zur Regierung TARDIEU bilden. Die wichtigsten Glieder sind die Radikalen und Radikalsozialisten einerseits, die Sozialisten andererseits.

Die Radikalen und Radikalsozialisten vertreten die breiten Massen der französischen Bevölkerung, die mit dem Fortschritt sympathisieren. Zu ihr gehören alle Kleinbürger, Beamten und Kleinbauern, die die ausgesprochene Reaktion nun einmal nicht lieben. Dieser

rechte Flügel der Linken hat eine große Tradition: viele ihrer Anhänger haben in der Affäre DREYFUSS für die Sache der Gerechtigkeit gekämpft; die Trennung von Staat und Kirche, die Schaffung weltlicher Schulen verdankt dieser Richtung ihr Dasein. Die Ideologie all dieser Menschen hat ihre tiefsten Wurzeln in der Französischen Revolution. Darin liegt ihre Stärke, aber auch zugleich die Schwäche der Partei. Die großen Ideen der Freiheit und Gleichheit, an denen sich diese Revolution entzündete und die ihr die Niederwerfung des Feudalismus und des Absolutismus ermöglichte, sind von Anfang an in den Dienst der wirtschaftlichen Interessen des aufkommenden Bürgertums getreten; die Gleichheit und Freiheit, wie die Revolutionäre des dritten Standes sie vertraten, schloß die Rechte des Proletariats aus. Die Ideen des Klassenkampfes, im Sinne von Marx, haben in den Köpfen jener Nachfolger der Revolution von 1789 nie Eingang gefunden. Sie sind heute noch Liberale mit allem Geist, aber auch aller Schwäche dieser Anschauung. Hinzu kommt, daß nationale Ideen bei ihnen einen starken Einfluß üben. Man ist beispielsweise nicht grundsätzlich abgeneigt, ein „heiliges Bündnis“ mit der Rechten „zum Wohle des Vaterlandes“ zu schließen. HERRIOT ist der Führer dieses rechten Flügels der Linken.

Die Krise hat die Partei und ihre Ideologie innerlich stark erschüttert. Man ist erstaunt oder macht sich doch wenigstens in einigen Kreisen Gedanken darüber, daß das allgemeine Wahlrecht so ohnmächtig gegenüber den Kräften des Kapitalismus sei. Die jüngeren Elemente verkünden das Versagen des Kapitalismus und suchen nach neuen Formen. Die Freunde CAILLAUX diskutieren das Problem der Planwirtschaft. Alles in allem kann man sagen, daß die Partei trotz ihrer nationalen Tendenzen den Frieden wünscht. Hierin liegt ihre politische Bedeutung. Die Gestalt BRIANDS hat im Hintergrund dieses ganzen rechten Flügels gewirkt, wenngleich er selber nur einer kleinen unbedeutenden Gruppe angehörte. Freilich: die Partei hat sich heute nicht genügend klar von TARDIEU distanziert, um kühn eine eigene Politik, vor allem die der Völkerverständigung, mit Aussicht auf Erfolg zu treiben. Das Proletariat könnte in mancher Hinsicht mit den Radikalsocialisten zusammengehen, wenn es sicher genug steht, um sich nicht durch die theoretische Verworrenheit und die Verdunkelung der Klassenfront von seiner eigentlichen Basis abdrängen zu lassen.

Wie steht es mit den Parteien des Proletariats? Nehmen wir zuerst die Sozialisten, die den deutschen Sozialdemokraten entsprechen. Die Partei ist anders als die deutsche, etwas sympathischer vielleicht. Etwas mehr Freiheit in der Organisation, eine ausgesprochenere antiklerikale Tendenz, stärkere pazifistische Anschauungen (der Vorstoß PAUL FAURES, der neulich in der Kammer die Kriegsrüstungen zur Sprache brachte, ist dafür ein Beispiel).

Die Partei hat zur Zeit Wind in den Segeln. Sie wird Wahlerfolge haben. Der Niedergang der kommunistischen Partei kommt ihr zu Hilfe. Leute, die Karriere machen wollen, treten heute in die Partei ein. Die Partei zerfällt in eine Linke, die viele ehrliche Klassenkämpfer umfaßt, aber im wesentlichen ihre Gedanken in einer Zeitschrift diskutiert, — und in eine Rechte, ausgesprochene Reformisten, die aber arbeiten. Sie üben daher den weit stärkeren Einfluß in der Partei aus; von ihnen hängt es ab, ob sich morgen die Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung beteiligen werden.

Es gibt aber einen schwarzen Punkt in dieser Partei: Sie hat keine wirklichen Führer, nur Leute zweiter Garnitur, keinen aus der Linie eines JAURES;

daß für viele Streber und Ignoranten. Den Spiegel dieses Mittelmaßes stellt der „Populaire“ dar, der französische „Vorwärts“. Er füllt seine Seiten mit endlosen Schimpfartikeln über Rußland; Reklamen, die die Kassen der Zeitung versorgen, sind auf die Instinkte von Spießbürgern abgestellt, die es nach den Allüren der Herrenklasse gelüftet. Die Arbeiter stehen der Partei mißtrauisch gegenüber. Selbst von Wahlerfolgen erwarten sie nichts für den proletarischen Kampf. Frühere Erfahrungen haben sie in dieser Hinsicht trübe gestimmt.

Auf der äußersten Linken steht die kommunistische Partei. Sie hat einmal eine große Zeit gehabt. Nach der Spaltung war sie die stärkste Arbeiterpartei in Frankreich. Viele fähige Intellektuelle strömten in sie ein. Viele Arbeiter, die einen organisierten Klassenkampf führen wollten. Die Zeit der französischen Ruhrbesetzung, die Zeit, als der französische Imperialismus den Krieg in Syrien, in Marokko führte, leben in der Erinnerung vieler Arbeiter. Damals hatte die KP die politische Führung des Proletariats. Aber falsche Taktik und Mangel an moralischen Kräften haben die Macht der KP unter-

Tardieu fährt nach London.

Am Dienstag hat die englische Regierung eine offizielle persönliche Einladung an TARDIEU übersandt. Als Zweck des Besuchs hat MACDONALD die Besprechung der Donau-Frage, und zwar lediglich diese, auf das Programm gesetzt. Der Zeitpunkt des Eintreffens TARDIEUS, ob am Sonnabend oder am Montag nächster Woche, steht noch nicht fest.

Die Zusammenkunft der vier Mächte erleidet durch diese Einladung TARDIEUS eine Verschiebung. Das Hin und Her über den Ort und den Tag dieser Konferenz, wobei sogar über den Namen „Konferenz“ gestritten wird, ist von weit geringerem Interesse als die Frage, wie weit es der Initiative TARDIEUS gelingt, sich in den Besprechungen mit der englischen Regierung durchzusetzen und den Versuch der englischen Regierung, durch ihre Einladungen das Spiel in die Hand zu bekommen, zu lähmen. Soviel steht auf alle Fälle schon fest, daß die Vier-Mächte-Konferenz davon abhängig sein wird, was TARDIEU zuvor in London ausmacht. Möglicher Weise wird TARDIEU auf dieser Konferenz selber nicht mehr anwesend sein, sondern sich durch FLANDIN vertreten lassen, was zur Folge haben würde, wie schon jetzt verlautet, daß dann auch der Reichskanzler BRÜNING sich nur durch den Staatssekretär BÜLOW vertreten lassen wird.

In der französischen Morgenpresse vom Mittwoch herrscht große Befriedigung darüber, daß TARDIEU sich seinen Besuch in London gesichert hat; es bestehe nunmehr die Aussicht, daß zwischen Frankreich und England die ruhige und freundliche Atmosphäre wiederhergestellt werden könne, die durch den Vorstoß MACDONALDS in den letzten Tagen gestört sei. Die mehr links stehenden Blätter, wie die „Ere Nouvelle“ HERRIOTS, beruhigen ihre Leser, daß die Angelegenheiten des Donau-Bundes nach wie vor durch die Interessen des Friedens und der europäischen Zusammenarbeit getragen seien.

Irishes Kabinett lehnt Treueid ab.

i Dublin, 29. März.

Das irische Kabinett hat am Dienstag nachmittag in einer Sondersitzung der von DE VALERA entworfenen Antwort auf die englische Note bezüglich des Treueides und der jährlichen Entschädigungszahlungen zugestimmt. Die Antwort wird voraussichtlich am Mittwoch abend nach London abgehen.

Auf der Jahresversammlung der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands wurde eine Resolution angenommen, in der das Recht des irischen Volkes auf völlige Unabhängigkeit anerkannt wird. MAXTON griff die Politik des Dominionministers THOMAS aufs schärfste an, besonders in der Behandlung der irischen Frage.

hüllt. Die Komintern-Politik war unfruchtbar. Sie hat die linken Gruppen, die in den bürgerlichen und in den radikalsozialistischen Reihen kämpften, in ihrer Ideologie überhaupt nicht verstanden und sie durch eine falsche Behandlung, durch eine beleidigende Verächtlichmachung dem Kampf des Proletariats gänzlich entfremdet. Dazu kam noch, daß die Regierung, die den Kommunismus fürchtet wie die Pest, die Partei mit Spitzeln und Provokateuren durchsetzt hat. Bei den Wahlen wird die französische KP, die einzige, die neben der tschechischen und der deutschen KP in Europa überhaupt noch eine Stimme hat, voraussichtlich eine Niederlage erleben.

Viele Arbeiter sprechen davon, daß man etwas Neues, etwas Besseres schaffen müsse. Womit? Sie sagen mit mutigen Menschen und mit theoretischer Klarheit. Diese Arbeit ist unerläßlich. Sie fordert eine gründliche Vorarbeit, um die theoretische Grundlage langsam aufzubauen; sie fordert während dieser Zeit praktische Mitarbeit am sozialistischen Kampf, um die Machtverhältnisse dauernd zu beobachten und das Vertrauen derjenigen zu festigen, deren Kraft nötig ist, wenn man zu einem politischen Durchstoß kommen will. Der ISK hat in Frankreich eine große Aufgabe vor sich.

Ausschluß Irlands von der Weltreichskonferenz.

m London, 30. März.

Nachrichten aus Ottawa zufolge besteht, wie „Daily Express“ meldet, die Absicht, dem irischen Ministerpräsidenten DE VALERA oder seinem Vertreter einen Sitz auf der im Juni stattfindenden Weltreichskonferenz zu verweigern, falls die irische Regierung ihre Absicht, den Treueid abzuschaffen, zur Durchführung bringen sollte.

Die Lage im Fernen Osten. Einigung zwischen China und Japan noch umstritten.

Nach einer amtlichen japanischen Meldung wurde am Dienstag eine Einigung zwischen den Vertretern der chinesischen und japanischen Regierungen über eine endgültige Einstellung der Feindseligkeiten erreicht auf Grund der bereits früher festgelegten Bedingungen. Im englischen Auswärtigen Amt sind die aus Schanghai kommenden japanischen Meldungen nicht bestätigt worden. Es wird im Gegenteil gemeldet, daß die Verhandlungen nach wie vor auf große Schwierigkeiten stoßen.

Auch die amtlichen russischen Stellen, die über die Lage in China gut unterrichtet sind, haben keine Nachricht über eine Einigung zwischen Japan und China erhalten.

In der Mandschurei ist nach einer Meldung aus Tokio durch die Regierung PUJI der Belagerungszustand für die gesamte Mandschurei verhängt auf Grund der Aufstände, die von Chinesen geführt werden. Diese Chinesen werden von den Japanern als Banditen bezeichnet, von den Chinesen als Patrioten, die den Sturz der japanischen Republik erstreben, die nichts sei als eine japanische Kolonie.

Italiener in Malta.

Faschistische Provokation.

Bei der Abfahrt von der britischen Insel Malta rief, wie „Malta Chronicle“ meldet, der italienische Unterstaatssekretär GIUNTA an Bord seines Dampfers laut, so daß es alle Umstehenden, sogar Personen auf den nahe liegenden Dampfern hören konnten:

„Wir sind hier in Italien, auf der Straße von Italien zu seinem afrikanischen Reich. Wir müssen die Engländer lehren, was Faschismus ist!“

Der italienische Konsul versuchte ihn mehrmals zu unterbrechen und machte ihn auf die Gefahr der Äußerungen aufmerksam, jedoch ohne Erfolg. Der Konsul ist nach Rom gefahren.

WAHN. EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(71. Fortsetzung.)

„Begründete Zweifel sind am Platze!“ Audinot starrt über die Versammlung hinweg. „Es ist nicht meine Schuld, daß die feindliche Kriegserklärung ein demoralisiertes Land trifft.“

„Auch die unsre nicht!“ Saint Brice schnell von seinem Stuhl hoch. „Das ist räuberischer Ueberfall! Gegen Brigantentum ist kein Staat gefeilt! Es ist ein unseliges Verhängnis, daß wir erst vor einer Viertelstunde den Wortlaut des schamlosen Manifestes erfahren haben, den die revolutionären Horden vom Eiffelturm verbreitet haben. Da war bereits der Einbruch feindlicher Fliegergeschwader gemeldet! Capponi nimmt das Manifest ja doch nur als heuchlerischen Vorwand, um seinen Angriffskrieg vor Europa zu begründen! Er sieht, wie unser Land von Fiebern geschüttelt wird und ihm billige Beute verheißt! Wehren, wehren, Franzosen! Gewalt gegen Gewalt! Oder wir sind morgen eine Nation der Vergangenheit!“

Lamoine stöhnt asthmatisch. „Wenn wir Brandt nicht in unsre Front hereinbringen, sehe ich schwarz. Seien wir nüchtern, meine Herren. Der Generalstreik ist schlimmste Untat! Aber wir können die Arbeiter nicht mit Revolvern in die Kasernen treiben. Die rote Woge kommt nur zum Stehen, wenn Brandt mitmacht. Politik muß grundsatzlos sein, der gegebenen Stunde angepaßt, wenn nur das Ziel erreicht wird! Es gibt nur einen Weg, der Rettung erhoffen läßt: Brandt muß die Verantwortung aufgeladen werden! Wenn der bisherige Friedensfanatiker die Kriegsfahne entfaltet, läuft die gläubige Masse hinter ihm her. Es ist ganz gleichgültig, unter welcher Parole, unter welcher Fahnenfarbe das Volk marschiert! Wenn es nur erst marschiert! Wut und Instinkte müssen geschickt dirigiert werden. Gegen den Ministerpräsidenten Brandt rennen die Massen nicht mehr an.“

Saint Brice schiebt geräuschvoll seinen Stuhl zurück. „Bitte, Herr Präsident, ich klebe nicht an meinem Posten. Herr

Brandt, der im Augenblick Staatsgefangener ist, brennt ja darauf, Frankreich seinen Stempel aufzudrücken. Mein Portefeuille steht zur Verfügung.“

Das Schnaufen des Präsidenten unterbricht die kurze Stille. Audinot klopft kurz und ungeduldig auf den Tisch. „Entschluß, meine Herren! Jeden Augenblick kann die Kriegserklärung in Paris bekannt werden. Dann steht Sturm bevor! Die Regierung gehört in brutalste Hände. Wenn Herr Brandt für die Sache des Krieges zu gewinnen ist — dann danken Sie Gott auf beiden Knien! — Ich habe keine persönlichen Liebesgefühle für den Mann, der unsre elende Lage mitverschuldet hat durch seinen Generalstreik, aber ich denke an Frankreich. Wenn Sie ihn haben wollen — er steht draußen vor der Tür, um gehört zu werden.“

Eine Minute später tritt Brandt ein. Hart, jäh. „Stimmen die Alarmnachrichten?“ Er verschlingt Lamoine mit seinen hervorquellenden Augen.

„Italien hat eben die Kriegserklärung gefunkt! Eine halbe Stunde vorher hat Capponi seine Flieger losgelassen!“ Lamoine reicht Brandt den Wortlaut der Kriegserklärung.

Zwanzig Augenpaare hängen an seinem von Wut entstellten Gesicht. Jedes Wort, das er liest, färbt die Stirnnahe feuriger.

... die unerhörten Drohungen, die der revolutionäre Teil des französischen Volkes unter Führung Léon Brandts soeben gegen die Regierung Italiens verkündet hat, sind einer Kriegserklärung gleichzuachten. Die Regierung Italiens beantwortet den angedrohten Angriff mit dem Aufmarsch ihrer nationalen Streitkräfte . . . — Brandt hat das Gefühl, daß sein Gehirn aussetzt. Unerhörte Drohungen . . . unter Brandts Führung . . . Angedrohter Angriff . . . „Wann habe ich Drohungen ausgestoßen! Wann hab' ich militärischen Angriff angedroht . . .“ kommt es gurgelnd über seine Lippen.

Lamoine reicht ihm ein andres Papier. „Die Revolutionäre haben Ihren Namen mißbraucht! Vor zwei Stunden wurde dieses schändliche Manifest durch den Funkdienst des Eiffelturmes verbreitet! Die Regierung hat erst vor zwanzig Minuten davon Kenntnis erhalten.“

Brandts Gesicht wird immer blutleerer. „Welcher Schurke zeichnet mich als Schurkenpost für Europa! In meinem Namen solche Teufelei . . .“

„Die Truppen, die den Eiffelturm zusammengeschossen haben, melden, daß Ihre Parteigenossin Landrux den Aufruhr auf dem Champ de Mars leitete. Die Teufelei verknüpft sich also immerhin mit Ihrem Namen!“ Saint Brice hat die Worte wie ein Ankläger in den Saal gerufen.

Rothaarige Bestie! — dröhnt es durch Brandts Kopf. „Widerrufen! Den Wahnsinn aufklären! Soll die Blutmühle erst zu arbeiten anfangen?“ Er schüttelt unsanft die Schultern des Ministerpräsidenten.

„Unsre Luftflotte ist in dieser Minute schon zum Angriff unterwegs“, fällt Audinot ein.

„Jawohl, Herr Brandt!“ verteidigt sich der Greis, „so weit haben Sie es gebracht mit Ihrem Generalstreik, der eine verkappte Revolution ist!“

„Die Zeit zur Abrechnung kommt später“, schneidet ihm Brandt das Wort ab. „Was tut die Regierung? Bitte, Herr Präsident!“

Lamoine sieht ihn mit kleinen Luxaugen an. „Ich zweifle nicht, Herr Brandt, daß Sie jetzt für die Situation einstehen und die Verantwortung übernehmen!“

Brandt sieht Lamoine mit starren Augen an. Wie — soll etwa der Staatsgefangene, der er noch ist, das Regiment antreten — —?

„Das Kabinett ist zum Rücktritt bereit. Sie, Herr Brandt, sind für seinen Sturz verantwortlich. Das war ja Ihr klar ausgesprochenes Ziel!“

„Aber unter wesentlich anderen Verhältnissen als jetzt!“ Lamoine breitet erregt die Arme aus: „Gleichviel! Sie behaupten, über die Massen, die Sie auf uns losgelassen haben, unbestrittene Autorität zu besitzen. Retten Sie unser unglückliches Land! Ich gebe Ihnen alle Vollmachten dazu!“

Brandt schweigt. Senkt sich ein zermalmerender Felsen auf seine Schulter? Er, der mit seinem Herzblut Gewalt und Krieg bekämpft hat, soll die Fahne des Völkermordes tragen! Vierzig Millionen Franzosen versprach er den Frieden! Jetzt soll er sie zu den Waffen rufen! Hämisches Gelächter in den Arbeiterquartieren! Zwei Millionen Kommunisten erheben ihr Sowjetgebrüll! Da habt ihr euren proletarischen Helden! Frieden? Léon Brandt pfeift euch eins! Marsch in die Viehwagen! Zur höheren Ehre der Kapitalisten und Imperialisten! Aber er wird sich wundern, wie kriegerischer Herr Brandt . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Kommunistische Kommunalpolitik.

Soll ein Revolutionär heute Bürgermeisterposten übernehmen?

W. L. Frankfurt (Main), im März.

Mörfelden ist ein Arbeiterdorf in der Nähe von Frankfurt (Main). Seine Bewohner gehen, soweit sie nicht arbeitslos geworden sind, als Bauarbeiter nach Frankfurt oder als Arbeiter in die Konservenfabriken von Groß-Gerau und in die OPEL-Werke in Rüsselsheim. Die Mörfelder Arbeiterschaft ist durchweg sozialistisch. Besondere Erfolge hatten die Genossen in ihrer kulturpolitischen Arbeit. Von etwa 5000 Bewohnern, gehören rund 1200 der Gemeinschaft proletarischer Freidenker (GPF) an; (die Mörfelder Genossen haben seiner Zeit unter syndikalistischem Einfluß die Vereinigung mit dem „Verband der Freidenker für Feuerbestattung“ zum heutigen DFV nicht mitgemacht). Darüber hinaus ist noch ein großer Teil der Einwohner aus der Kirche ausgetreten. Unter Zurückstellung aller parteiischen Gegensätze haben Genossen aus der SPD, der KPD und der Allgemeinen Arbeiter-Union erfolgreich an ihrem gemeinsamen kulturpolitischen Ziel gearbeitet. Mit Recht sprach man vom „roten Mörfelden“.

Vor etwa 2½ Jahren hatten die Mörfelder Genossen einen Schulstreik durchgeführt, um die Beseitigung eines nationalistischen Lesebuches aus dem Schulgebrauch zu erzwingen. Leider waren sie hierbei nicht sehr geschickt. So war der Erfolg, daß die Führer der Bewegung, drei Freidenker-Lehrer, gemäßregelt und nach anderen Orten versetzt wurden, wo ihnen sozialistische Arbeit sehr erschwert ist. Seit dieser Zeit haben die Kommunisten wachsenden Einfluß auf die GPF bekommen; in der Freidenker-Arbeit und auch sonst tragen sie parteipolitische Gegensätze aus. Spaltungen der Gewerkschaften erfolgten. Die Spaltung der Freidenker-Organisation wurde versucht — glücklicherweise ohne Erfolg. Die steigende Arbeitslosigkeit und die Enttäuschung über die SPD-Führer, die in der Kommunalarbeit in Mörfelden versagten, trieb die Arbeiter mehr und mehr zur KPD.

Dies fand äußerlich seinen Ausdruck darin, daß im Herbst 1931 an Stelle des bisherigen sozialdemokratischen Bürgermeisters ein Kommunist gewählt wurde. Nun galt es, die Versprechungen der Kommunisten zu erfüllen. Eine der ersten Taten des neuen Bürgermeisters war sein Versuch, durchzusetzen, daß die Bürgersteuer nicht erhoben würde. Dieser Versuch endete mit einem Mißerfolg. Ein Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister wurde von der hessischen Regierung eröffnet und endigte mit einer Strafe von 100 Mark und der Androhung, daß bei weiteren ähnlichen Fällen schärfer durchgegriffen werden würde. Im Januar sollte die Getränkesteuer erhoben werden. Der Bürgermeister weigerte sich, dies durchzuführen. Daraufhin wurden die Landeszuschüsse an die Gemeinde gesperrt. Dies hatte zur Folge, daß bereits seit Wochen keine Unterstützungen mehr an die Unterstützungsempfänger gezahlt wurden. Ein neuer Schulstreik brach aus. Dem Verlangen der Regierung, die Polizei gegen die Streikführer einzusetzen, kam der Bürgermeister nicht nach. Daraufhin wurde die Polizei der Verfügungsgewalt des Bürgermeisters entzogen und dem Kreisamt unterstellt. Vor einigen Tagen erlitt der Bürgermeister einen Radunfall und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Als Vertreter sollte ein kommunistisches Gemeinderats-Mitglied arbeiten. Dieser Genosse weigerte sich, vor Antritt des Amtes den erforderlichen Eid auf die Verfassung zu leisten. Er wurde also nicht in sein Amt eingesetzt. Ein von der Regierung als kommissarischer Bürgermeister nach Mörfelden geschickter Regierungsrat fand bei seinem Eintreffen das Rathaus verbarrikadiert, Sowjetfahnen auf den öffentlichen Gebäuden und vor dem Rathaus eine große Menschenmenge, die ihm den Eintritt zu verwehren suchte. Es kam zu Tätlichkeiten. Aus Darmstadt herbeigeholte Polizei stellte „Ruhe

und Ordnung“ wieder her. Ein kommunistischer Landtagsabgeordneter, der in Mörfelden anwesend war, und kommunistische Gemeinderatsmitglieder wurden verhaftet. Bei den als Funktionären bekannten Genossen fanden Haus-suchen statt, kommunistische Verkehrslokale wurden geschlossen, die Polizeistunde wurde auf 21 Uhr festgesetzt, eine Schule als Polizeiunterkunft eingerichtet. Ein starkes Polizeiaufgebot beherrscht heute Mörfelden. Der kommunistische Bürgermeister wurde von der hessischen Regierung wegen „fortgesetzten Ungehorsams gegenüber seiner vorgesetzten Behörde“ seines Amtes enthoben.

Hk. Daß kein Bürgermeister die Macht hat, in seiner Gemeinde die Durchführung von Reichsanordnungen, z. B. die Erhebung der Bürgersteuer, zu verhindern, das brauchte nicht erst durch das Experiment bewiesen zu werden. Was also ist der Sinn solcher Kommunalpolitik?

Ich kann sie, im Zusammenhang mit der gesamten Linie der kommunistischen Politik, nur verstehen als den Versuch, wie bei jeder Gelegenheit, so auch bei dieser, die Arbeitermassen zum (außerparlamentarischen) Widerstand gegen den bürgerlichen Staatsapparat zu mobilisieren. In diesem Falle ein sinnloser Versuch; denn hier handelte es sich darum, die Arbeiterschaft zu einer sicheren Niederlage zu mobilisieren. Dabei kann nur Zerstörung der Kampfkraft herauskommen (wir reden hier nicht von dem Fall, wo nur die Wahl bleibt, mit Kampf oder ohne Kampf eine Niederlage hinzunehmen, wo also vielleicht die Demoralisation geringer ist, wenn die Arbeiterschaft den Kampf annimmt).

Wer also einen Bürgermeisterposten oder ein anderes Amt im bürgerlichen Staatsapparat annimmt, der sollte sich vorher klarmachen, daß er damit gewisse Bedingungen, die der bürgerliche Staat diktiert, annimmt; daß er sich z. B. als Bürgermeister verpflichtet, Bürgersteuer zu erheben.

Soll unter solchen Umständen ein Revolutionär überhaupt Aemter innerhalb des Staates annehmen, den er bekämpft?

Dagegen spricht:

1. Die Gefahr, durch den Geist des Reformismus („sich dem Wohlwollen der Regierenden zu empfehlen“) korrumpiert zu werden. Diese Gefahr besteht bei jeder Art von Zusammenarbeit, bei jedem Paktieren mit dem Klassengegner.

2. Die Gefahr, daß ein Genosse, der z. B. einen Bürgermeisterposten annimmt, den Widerstand der Arbeiter hervorruft durch die Maßnahmen, die er im Auftrag des kapitalistischen Staates durchführt; die Gefahr also der Spaltung der Arbeiterschaft.

Soviel ist also bereits klar: nur ein hinreichend charakterfester Genosse, der außerdem durch ein starkes Band des Vertrauens mit seinen Genossen verbunden ist, kann ohne Schaden für die Sache der Arbeiterschaft einen derartigen Posten übernehmen.

Was spricht dafür ihn zu übernehmen?

1. Die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, die es erleichtern, nachher den Staatsapparat zu handhaben.

2. Selbst ein Posten innerhalb des bürgerlichen Staatsapparats kann Kampfmöglichkeiten und damit die Möglichkeit für Kampferfolge bieten, die ungenutzt bleiben, wenn nicht ein Vertreter der Arbeiterschaft den Posten übernimmt.

3. Solche Kampfmöglichkeiten bieten die Möglichkeit der Erziehung zum Kampf; dem, der den gefährlichen Posten übernimmt, die Möglichkeit, in sich die Kräfte zu stärken, die ihn gegen die Gefahren des Reformismus schützen; für die übrigen Genossen die Übung, dem auf vorgeschobenem Posten stehenden Genossen durch Aufbieten ihrer organisierten Macht den Rücken zu stärken (ein Arbeiterbürger-

sind sehr erfolgreich verlaufen. Es scheint, daß die Aussicht, gute Kulturheidelbeeren zu gewinnen, noch größer ist als die Aussicht für Erdbeerzuchten. Schon jetzt konnten gute Beeren bis zur Größe von Kirschen erhalten werden. Ausgedehnte Heidelbeerzuchten können dazu dienen, wertlosen Boden auszunutzen, und sie können auch zur notwendigen Umstellung der Landwirtschaft auf Edelproduktion etwas beitragen.

4. Lebensdauer von Samen.

Im Jahre 1879 hat ein Amerikaner Samen von 21 verschiedenen Pflanzen in Flaschen eingeschlossen, von denen kürzlich, also nach mehr als 50 Jahren, wieder eine geöffnet wurde. Von den 21 Samenarten waren erstaunlicherweise immer noch fünf keimfähig.

5. „Ekelblut“ und „Warntracht“ der Marienkäfer.

Wohl jeder hat einmal beobachtet, daß die kleinen Marienkäfer bei einer Berührung ihre Beine an den Körper legen (man sagt: sie stellen sich tot) und aus den Kniegelenken ein Tröpfchen gelber Flüssigkeit ausscheiden. Es wurde behauptet, daß dieser Blutstropfen giftig ist und die Käfer vor ihren Feinden schützt. Die grelle Farbe der Marienkäfer (z. B. rot mit schwarzen Punkten) sollte den Sinn haben, andere Tiere vor dem giftigen Käfer zu warnen. Man hat auch behauptet, daß schon der Geruch der Marienkäfer andere Tiere, beispielsweise größere Käfer, töten kann. Neuere Untersuchungen zeigen, daß dies keineswegs zutrifft. Man hat früher irrtümlicherweise daraus, daß der Geruch des ausgeschiedenen Tröpfchens für Menschen nicht gerade angenehm ist, den voreiligen Schluß gezogen, er müsse für alle Tiere unangenehm und giftig sein. Genau so voreilig war die Annahme, die grelle Farbe diene als Warnung. Wir wissen nicht einmal, ob niedere Tiere, die den Käfer fressen wollen, die rote Farbe ebenso empfinden wie wir Menschen; die Sinnesorgane sind ja ganz anders gebaut. Vor allem ist auch nicht einzusehen, warum dann, wenn die Färbung warnen soll, nicht alle Arten der Marienkäfer gleich gefärbt sind, dann könnten die Feinde sich doch viel leichter merken, welche Farbe zur Warnung dienen soll.

meister steht sicher ganz anders da, wenn z. B. die Gewerkschaften seines Ortes auf der Höhe sind). Die Übernahme solcher Posten kann also eine Gelegenheit sein für fruchtbare Erziehungsarbeit auf dem Gebiet des revolutionären Kampfes. Welche Entscheidung sollen wir angesichts dieses Für und Wider treffen?

Wo Kampfmöglichkeiten vorliegen, sollen wir sie ausnutzen, auch auf einem Posten innerhalb des kapitalistischen Staatsapparats. LENIN hat eine ähnliche Entscheidung in einer ähnlichen Frage (ob ein Revolutionär unter Umständen Kompromisse mit Gegnern schließen soll) mit der ungeheuren Schwierigkeit unseres Kampfes begründet: „Krieg führen zum Sturze der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege unter den Staaten, und dabei im voraus das Lavieren... abzulehnen, — ist das nicht über alle Maßen lächerlich? Ist das nicht dasselbe, wie wenn man bei einem schwierigen Aufstieg auf einen noch unerforschten und bis dahin unzugänglichen Berg von vornherein ablehnen wollte, manchmal im Zickzack zu gehen, manchmal umzukehren, die einmal gewählte Richtung aufzugeben und verschiedene Richtungen zu versuchen?“ („Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus.“)

Diese Schwere des Kampfes macht es notwendig, jede Möglichkeit erfolgreichen Kampfes zu nutzen. Auch wenn jene Gefahren vorliegen die das Paktieren mit dem Gegner mit sich bringt. Diesen Gefahren können wir bei dem Kampf, den wir, von der kapitalistischen Welt und ihrem Einfluß umgeben, führen müssen, doch nicht entgehen. Also kommt es darauf an, zu lernen, solchen Gefahren zu begegnen. Dazu bieten die kleineren kommunalpolitischen Aufgaben, bei denen Fehler keine riesengroßen Folgen haben, eine ausgezeichnete Gelegenheit. Und im Bereich solcher kleineren Aufgaben ist es kein großes Unglück, wenn ein Genosse, der z. B. den Posten eines Bürgermeisters übernahm, von ihm zurücktritt, sobald die geschilderten Gefahren seine Kräfte übersteigen. Kurz: die Verantwortung, die eine revolutionäre Partei übernommen hat, fordert sie auf, bei den kleineren Gelegenheiten ihre moralischen Energien zu erproben, ehe sie am Körper eines ganzen Volkes experimentiert. Denn, wie TROTSKI mahnt: „Die Revolution ist eine große Charakterverwüsterin“, und wessen Charakter bereits durch die Führung eines Bürgermeisterpostens verwüetet wird, der scheidet für eine verantwortliche Aufgabe in einer Revolution aus.

In diesem Zusammenhang spüren wir den Revolutionär in den einfachen Sätzen, mit denen NELSON die Aufgabe der Charaktererziehung in die Satzung des ISK eingebaut hat: „Funktionär des Bundes kann nur sein, wer sich des Vertrauens, das sein Amt erfordert, würdig erwiesen hat. Dazu gehört, daß er sich in seiner Lebensführung den Mindestforderungen unterzieht, ohne deren Erfüllung auf die Wirksamkeit der inneren Kontrolle nicht gerechnet werden kann, die allein gegen einen Mißbrauch der ihm anvertrauten Machtbefugnisse sichert.“

Zu Stalins Erkrankung.

p Berlin, 28. März.

Zu den Gerüchten über eine Erkrankung STALINS, die in Verbindung gebracht werden mit einer Reise des bekannten Berliner Arztes, Professor ZONDEK, nach Moskau, wird bekannt, daß in Moskau auch zwei polnische Professoren eingetroffen sind, um STALIN zu untersuchen. STALIN soll seit einiger Zeit an Stoffwechselstörungen leiden und er beobachtet angeblich, einen zweimonatigen Urlaub anzutreten.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Neues aus der Naturwissenschaft.

1. Bakterien im Boden.

Das Vorkommen von Bakterien im Boden und die Bedeutung dieser Bakterien für die chemischen Bodenveränderungen (z. B. im Acker) ist seit Jahrzehnten bekannt. Kürzlich konnte aber bei geologischen Bohrungen im Ural die unerwartete Entdeckung gemacht werden, daß noch in einer Bodentiefe von fast 18 Meter reichlich Bakterien leben, nämlich etwa drei Millionen auf einem Gramm Boden (in den obersten Bodenschichten befindet sich das Dreihundert- bis Fünfhundertfache an Bakterien).

2. Der Bakteriophage.

Viele Beobachtungen sprechen dafür, daß die Bakterien keineswegs schon die kleinsten Lebewesen sind. So kennt man seit einiger Zeit den sogenannten Bakteriophagen, im Vergleich zu dem ein Bakterium geradezu ein Riesenorganismus ist. Vielleicht ist der Bakteriophage, der nur aus einigen großen Molekülen besteht, gar kein eigentliches Lebewesen, sondern ein Uebergang zwischen der leblosen und der lebenden Natur. Kürzlich ist die Ansicht geäußert worden, der Bakteriophage entstehe vielleicht dadurch, daß im Bakteriumkörper einzelne Moleküle sich anormal verändern, vergleichbar etwa mit den anormalen Veränderungen, die bei höheren Lebewesen zur Entstehung von Krebsgewebe führen. Um solche „Bakteriumsplinter“ handelt es sich vielleicht auch dort, wo Infektionskrankheiten durch Erreger hervorgerufen werden, die (im Gegensatz zu Bakterien) nicht sichtbar sind und selbst durch feine Filter hindurchgehen.

3. Kulturheidelbeeren.

Die Heidelbeeren („Blaubeeren“), die in Deutschland auf den Markt kommen, werden in den Wäldern gesammelt. Daß man dieses Obst auch züchtet, ist bei uns kaum bekannt. In Amerika aber hat man mit der Züchtung von Heidelbeeren große Erfolge erzielt. Erst in neuerer Zeit sind auch in Deutschland einige Versuche unternommen worden, Heidelbeersorten zu züchten, die für den Boden und das Klima unseres Landes geeignet sind. Die Versuche

Schutz bei Flugzeugunglücken.

Eine neue Erfindung.

Der französische Ingenieur und Kriegsflieger SAUVENT hatte, wie berichtet, einen neuartigen Flugzeugrumpf gebaut. Zwischen doppelten Wänden sind Oelpuffer angebracht, die beim Absturz eines Flugzeuges den Aufschlagdruck abfangen sollen. Der Erfinder hatte schon verschiedentlich versucht, mit seinem Flugzeug zu starten, um sich dann aus einigen hundert Metern Höhe herabzustürzen, und so den Beweis für die Brauchbarkeit seiner Erfindung zu liefern. Er wurde daran aber immer von der Polizei verhindert. Erst am Freitag gelang es ihm, seinen Versuch in abgeänderter Form durchzuführen. Nachdem er die Tragflächen und den Motor abmontiert hatte, stürzte sich SAUVENT mit dem Rumpf seines Flugzeuges in den französischen Alpen in einen 200 Meter tiefen Abgrund. Während die Außenwand der Kabine fast vollkommen zerstört wurde, blieb SAUVENT selbst im Innern des doppelwandigen Flugzeugrumpfes unverletzt. Nach dem glücklichen Ausgang dieses ersten Versuches wird er noch einmal um die Erlaubnis beim Luftfahrtministerium nachsuchen, um den Wunsch in der Luft zu wiederholen.

Fortschritte in der Entwicklung der Windmühlenflugzeuge.

Der bekannte spanische Ingenieur und Erfinder des Windmühlenflugzeuges, de la CIERVA, hat in letzter Zeit auf dem Flugplatz in Hamble-Hants Versuche mit einem neuen tragflächen- und schwanzlosen Flugzeug ausgeführt, das ebenso wie die früheren Typen mit Windmühlenflügeln ausgerüstet ist. Diese neue Maschine hat etwa die Form eines fliegenden Torpedos. Das Flugzeug, das nach der Behauptung beteiligter Fachkreise in eineinhalb Jahren bis zur handlungsfähigen Herstellung weiterentwickelt sein wird, soll eine Reisegeschwindigkeit von 450 bis 650 Stundenkilometern erreichen können und absturzsicher sein. Die Hubbewegung wird einzig und allein durch die Windmühlenflügel ausgeführt.

Kommunistische Methoden im Deutschen Freidenkerverband!

M. H. Die Breslauer Ortsverwaltung des Deutschen Freidenkerverbandes, die nur aus SAPD- und KPD-O-Genossen besteht, hatte den Bezirksvorsitzenden von Schlesien, den Rektor FELSEN (ehemaliges Mitglied der SPD, jetzt SAPD) zur Teilnahme an einer Gottlosen-Expedition nach Rußland delegiert. Als dieser begehrt zurückkam, sprach er in einer Berliner Propaganda-Versammlung des kommunistischen Freidenkerverbandes. Der Hauptvorstand des Deutschen Freidenkerverbandes verwarnte ihn daraufhin und stellte ihm den Ausschuß in Aussicht, falls er nochmals bei den kommunistischen Freidenkern aufträte. FELSEN sprach trotzdem in einer anderen Stadt wiederum in einer Versammlung der kommunistischen Freidenker. Er wurde nun vom Hauptvorstand des Deutschen Freidenkerverbandes ausgeschlossen.

Großer Protest, vor allem der KPD-O in Breslau, gegen den Ausschuß von FELSEN. Sie forderte, daß die gesamte „Opposition“ im Freidenkerverband sich hinter FELSEN stellen müsse. Die SAPD besann sich jedoch anders und ließ FELSEN fallen — obwohl er zur SAPD gehört —, da sein Verhalten mit Recht als verbandsschädigend bezeichnet werden könnte. Bestimmend für diese Haltung der SAPD mag allerdings auch ihre Vermutung gewesen sein, daß FELSEN wohl bald zur KPD übergehen werde.

Wer hat Recht? Das Auftreten FELSENS in der kommunistischen Freidenker-Versammlung lag zweifellos nicht im Interesse des Deutschen Freidenkerverbandes: im Gegenteil, es ist bekannt, daß in jeder kommunistischen Freidenker-Versammlung auf das Unsachlichste gegen den Deutschen Freidenkerverband gehetzt wird und daß er durch die Spaltung die Freidenkerarbeit schwer geschädigt hat. Es ist auch gar nicht einzusehen, warum gerade FELSEN dort sprechen mußte, da genügend kommunistische Delegierte dort zur Berichterstattung zur Verfügung standen. In Veranstaltungen seines eigenen Verbandes über seine Erfahrungen aus Rußland zu berichten, hätte ihm niemand verwehren können, und gerade wenn er diese Erfahrungen für wertvoll für die Freidenkerarbeit hielt, mußte ihm am meisten daran liegen, sie dort bekannt zu machen, wo nicht-kommunistische Arbeiter sind, die sonst nicht viel von Rußland zu hören bekommen. Statt dessen liefert er selber den Grund, ihn aus dem Deutschen Freidenkerverband auszuschließen. Er zeigt damit, daß ihm die Arbeit gegen die Kirche (die er ja wohl im Deutschen Freidenkerverband leisten wollte) weniger wert ist, als das Halten einer kommunistischen Propagandarede.

Die SAPD handelt also richtig, wenn sie sich nach dem Ausschuß FELSENS nicht mehr hinter ihn stellt. Wenn die KPD-O dagegen dies fordert und hier nur eine Gelegenheit sieht, um gegen Verbandsbürokratie und SP im Freidenkerverband zu wettern, so zeigt sie damit, daß sie sich bei ihrer Arbeit in den überparteilichen Massenorganisationen nicht wesentlich von der üblichen KP-Methode unterscheidet, deren Ergebnisse wir kennen: Spaltung und Schwächung der Organisationen wie Gewerkschaften und Freidenker, Schwächung des Kampfes der Arbeiterschaft. Auch die verlogene Art ihrer Berichterstattung zeigt die von der KP her bekannte Methode. So wird („Gegen den Strom“ Nr. 6, vom 12. März 1932) nur berichtet, daß FELSEN in einer Berliner Veranstaltung der Freidenker-Organisation gesprochen habe, so daß also der unbefangene Leser glauben muß, es handele sich um eine solche des eignen Verbandes; von der Verwarnung durch den Hauptvorstand und dem danach erfolgten zweiten Auftreten FELSENS wird gänzlich geschwiegen. So sollen die Mitglieder gegen den Hauptvorstand aufgehetzt werden, dessen Vorgehen in diesem Falle fälschlich als völlig statutenwidrig hingestellt wird.

In derartigen Methoden zeigt sich die verhängnisvolle Wirkung der Fraktionsarbeit, die nur danach fragt, ob jemand zur eignen politischen Fraktion in einem Verbands gehört,

nicht aber danach, ob er dem Ziele der Organisation gedient hat. Sie ist der Tod jeder sachlichen Freidenker- und Gewerkschaftsarbeit und muß aufs Schärfste bekämpft werden, ganz gleich, von welcher Partei sie ausgeht.

KP-Zeltung verboten.

1 Frankfurt a. M., 29. März.
Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die in Frankfurt a. M. erscheinende kommunistische „Arbeiterzeitung“ wegen fortgesetzter Beschimpfung und Verächtlichmachung der hessischen Staatsregierung für die Zeit vom 27. März bis einschließlich 4. April 1932 verboten.

Lohnstreit im Londoner Hafen.

m London, 30. März.
Im Londoner Hafen ist eine neue Lohnkrise entstanden, die möglicher Weise zu einem Streik von 8000 Löschern und Packern führen kann. Londoner Ozean-Schiffseigner haben die bisherigen Löhne für den 11. April gekündigt und mitgeteilt, daß von diesem Zeitpunkt ab alle Stückerbeitsätze für die Frachtausladung herabgesetzt würden. Die Gewerkschaften haben eine schiedsrichterliche Entscheidung abgelehnt und eine Erklärung herausgegeben, wonach die Lohnkündigung einer Aussperrung gleichkomme und einen Bruch des im Dezember unterzeichneten Lohnabkommens bedeute.

Hugenberg tritt vor die Kulissen. Keine Zeit zum Kulissenschleichen.

h Berlin, 29. März.
Im „Deutschen Schnelldienst“ empfiehlt HUGENBERG den kleineren bürgerlichen Parteien: „Es fragt sich, ob es nicht angängig und zweckmäßig wäre, zu sagen: Liebe sich nicht ein Abkommen folgenden Inhalte mit der DNVP treffen: Die Reststimmen der betreffenden Parteien kommen, da sie mangels der entsprechenden Stärke sonst im Lande verloren sein werden, auf die deutschnationale Liste. — Es wird sichergestellt, daß auf dieser eine entsprechende Anzahl von geeigneten Vertretern der fraglichen Parteien stehen und in den Landtag kommen. . . Die so Gewählten werden Hospitanten der Landtagsfraktion der DNVP, da auf Fraktionsstärke der betreffenden Parteien nicht zu rechnen ist.“ Ueber drei Grundziele müßte allerdings vollste Einigkeit herrschen: 1. Klarer und entschiedener Nationalismus. 2. Ablehnung jeder Sorte von Sozialismus. 3. Bildung eines nationalen antimarxistischen Kabinetts in Preußen und im Reich. Er, HUGENBERG, mache diesen Vorschlag öffentlich, weil zu Verhandlungen hinter den Kulissen infolge der plötzlichen Verfrühung des preußischen Wahltermins keine Zeit mehr sei.

Nationalsozialistische Selbstkritik.

H. Lt. Im „Völkischen Beobachter“ (Nr. 72, vom 12. März) finden wir folgende treuherzige Ueberschrift:
„Die letzte Wahlflüge von Dr. JOSEF GOEBBELS.“
„Die letzte“ heißt natürlich: die letzte vor dem Wahlgang vom 13. März. So ist durch geeignete Zeichensetzung ein wahres Urteil in den „Völkischen Beobachter“ hineingeraten.

Der französische Haushalt in erster Lesung angenommen.

k Paris, 30. März.
Der Senat hat am Dienstag mit 271 gegen 19 Stimmen das Finanzgesetz verabschiedet und damit den Haushalt für 1932 in erster Lesung beendet. Die Kammer wird nunmehr die zweite Lesung beginnen.

Auch noch konfessioneller Osterfriede!

Was Katholiken wünschen.

E. Bl. Diesen Ruf erhebt der „Bayerische Kurier“, das große katholische Blatt Bayerns. Die Aufführung von BRUCKNERS „ELISABETH von England“ im Münchener Schauspielhaus während der Kar- und Osterwoche bringt seine Mitarbeiter in Aufregung. Nachdem die Münchener Theatergemeinde das Stück zurückwies, das bayerische Staatsschauspielhaus es wohl erwarb, aber seine Aufführung aus grundsätzlichen Bedenken ablehnte, spielt das Münchener Schauspielhaus — das will für Bayern etwas heißen — diese BRUCKNERSche Gegenüberstellung des spanischen Katholizismus eines PHILIPP II. und des Protestantismus einer ELISABETH von England.

Darob Empörung der Kirche:

„Was BRUCKNER hier dem Katholizismus an Grauelei, Zelotismus, an Unduldsamkeit und an blutigem Fanatismus, kurz an Zügen, die selbst den ersten Prinzipien des Christentums widersprechen, ins Gesicht hineinschminkt, ergibt eine gemeine unerträgliche Fratze.“

Will die Kirche etwa leugnen, daß auf dem Boden der Inquisition und der Ketzerverfolgungen Houchelei, Unduldsamkeit und blutigem Fanatismus gewachsen sind? Das zu leugnen, hieße die Tatsachen völlig verdrehen. Darum hält sie es für besser, das Volk gar nicht erst mit solchen Tatsachen, die uns nicht Menschen, sondern „gemeine, unerträgliche Fratzen“ zeigen, bekanntzumachen. Deshalb der Ruf nach einem konfessionellen Osterfrieden, lieber noch nach einem dauernden konfessionellen „Frieden“, der das Verschweigen unliebsamer Tatsachen sichert und nur noch die Kirche reden läßt.

Seht die Stimmlisten ein!

h Berlin, 29. März.

Die Auslegungsfrist für die Stimmlisten zu den Wahlen am 10. und 24. April dauert in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt vom 30. März bis 3. April. In den anderen Ländern ist die Auslegungsfrist auf Sonnabend, den 2. April, und Sonntag, den 3. April, beschränkt; in diesen Ländern findet jetzt keine Landtagswahl statt.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 31. März.

Berlin:
22.25 Tänze und Märsche von TSCHAIKOWSKY.
Breslau:
20.30 HAYDN-Konzert aus der schlesischen Philharmonie.
Königsberg:
10.00 Dr. SCHINDLER: Die Notwendigkeit der Umgestaltung des landwirtschaftlichen Marktwesens.
19.30 HAYDNs Klavier-Sonaten.
Königswusterhausen:
19.30 Dr. AMEND: Aus der Praxis des bäuerlichen Wirtschaftsberaters.
Mühlacker:
19.05 Dr. ERNST WOLFGANG: Welche Erfahrungen hat England mit der Aufgabe der Goldwährung gemacht?
21.00 Philharmonisches Orchester: HAYDN-Konzert.
Wien:
15.30 BEETHOVENS F-Moll-Sonate (Appassionata).
Moskau, Gewerkschaftslieder:
20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate**

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

**Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!**

ISK

**Zeitschrift des Internationalen
Sozialistischen Kampf-Bundes**

Erscheint in:

**Deutsch, Englisch
und Esperanto**

**Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H.
Berlin S 14, Inselstraße 8 a.**

MAGDEBURG

Getrocknete Bananen

sind nahrhaft und billig, als
Brotbelag und zum Obst für
jung und alt zu verwenden

Postpäckchen
4 Pfd. brutto nur 3 Mark frei
Haus nach allen Orten.

Vorauszahlung auf Postscheck-
Konto Magdeburg 17924 erbeten.

**frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.**

Arbeiterkinderhelm

Mützen a. d. Oertze, Kr.Celle, nimmt ab Ostern
wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder
unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

Neuanfertigung sämtlicher Möbel
Umarbeitung von Möbel sowie
alle einschlägigen Reparaturen äußerst preiswert

Bau- und Möbeltischlerei

J. Süder

Göttingen, Weenderld Str. 86

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen

Otto Pfothenhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebote!

**Die Vermünder sind am Werk der
Vernichtung geistiger Freiheit!
Darum helfe an der Aufklärung, Sozialisten!**

Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen

Von Leonard Nelson

Zweite, vermehrte Auflage. 265 Seiten.

Broschiert 3,— RM Ganzleinen 4,10 RM

Aus dem Inhalt:

Eigene Verantwortung und innere Wahrhaftigkeit. — Erziehung zur Tapferkeit. — Von der Zukunft der inneren Freiheit. — Erziehung zum Knechtsgeist. — Führer und Verführer. — Was ist liberal? — Ethischer Realismus.

Aus den Besprechungen:

„NELSONS ‚Reformation der Gesinnung‘ ist ein Aufruf und Programm, eine Sammlung von Stimmen zum Kampfe gegen Unrecht, Unfreiheit, Stumpfheit und Trägheit.“

„Neues Leben“, 2. Jahrgang, Heft 2/3.

„Die bisherige Erziehung war viel zu sehr Erziehung zur Autorität und Opportunität und erzog dadurch zum Knechtsinn, die neue Erziehung — wie sie NELSON fordert — soll eine Erziehung zu eigener Verantwortung und innerer Wahrhaftigkeit sein.“

„Pädagogisches Zentralblatt“, 3. Jahrgang, Heft 7.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

Gewerkschaftszeitungen zur Werbearbeit in der Krise.

Stärkung des Organisationsgedankens.

„Die Holzarbeiterzeitung“ Nr. 13 schreibt:
„Die Erfahrungen, die im Laufe der Jahre gesammelt wurden, lehren zur Genüge, daß der Unorganisierte dem Organisationsgedanken gegenüber um so zugänglicher ist, je mehr, und zwar begünstigt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Tätigkeit der Gewerkschaften in die Erscheinung tritt. Er will für seinen Beitrag zur Organisation einen unmittelbaren materiellen Gewinn haben. Die ideellen Gesichtspunkte und das allgemeine Ziel der Gewerkschaftsbewegung sind Dinge, die ihn zunächst nicht berühren. Er ist ebensowenig geneigt, die Abwehrrfolge der Gewerkschaften zu sehen und anzuerkennen, daß eine starke Organisation auch in Krisenzeiten eine unumgängliche Notwendigkeit ist.“

Es tritt weiter hinzu, daß die geistige Verwirrung, die durch die kommunistische und Nationalsozialistische Partei innerhalb der Arbeiterschaft angerichtet ist, das Fernbleiben von der Organisation begünstigt.

Dennoch müssen wir die Werbung für den Verband auch in der gegenwärtigen Zeit betreiben, und, wenn ein Erfolg auch nicht unmittelbar erzielt wird, so wird sich diese Werbetätigkeit in einer späteren, nicht allzu fern liegenden Zeit günstig auswirken. Der spätere Erfolg wird vor allem davon abhängen, inwieweit es gelingt, die vorhandenen Mitglieder an die Organisation zu fesseln und sie in ihrer Ueberzeugungskraft zu stärken. Darauf muß sich die Aufmerksamkeit der Ortsverwaltung und Vertrauensleute in der gegenwärtigen Zeit in erster Linie richten. Soweit bei dieser Agitationstätigkeit die in Arbeit stehenden Mitglieder in Frage kommen, ist deren Interesse am Verband und an der Erfüllung seiner Aufgaben ohne weiteres gegeben.

In gleichem Maße ist das leider nicht der Fall, soweit die arbeitslosen Mitglieder des Verbandes in Frage kommen, vor allem nicht in den Fällen, in denen durch eine längere Arbeitslosigkeit das Interesse am Verband in den Hintergrund gedrängt ist.

Wir zählen eine größere Anzahl von jüngeren Verbandsmitgliedern, die bereits zwei Jahre und länger ihre Lehre beendet und seit dieser Zeit noch keine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit gefunden haben. Die aus dieser Lage entstehende Unzufriedenheit und Erbitterung muß von uns aufgefangen und in die richtige Bahn gelenkt werden, damit die Verbindung mit der Organisation erhalten bleibt und kein Abgleiten in den Zustand des hemmungslosen Pessimismus erfolgt, der den Bestrebungen unserer Organisation nicht dienlich ist.

Es muß daher die Aufgabe der Ortsverwaltung sein, die arbeitslosen Mitglieder soviel wie möglich zu betreuen und ihre vorhandenen Interessen auf das wirksamste zu vertreten. Es muß ferner dafür Sorge getragen werden, daß der Organisationsgedanke bei den arbeitslosen Mitgliedern lebendig bleibt und ihre spätere Wiedereinrichtung in die Reihen der beschäftigten Mitglieder keinen Widerständen begegnet. Das kann verhindert werden, indem die arbeitslosen Mitglieder mehr als je zum Besuch der stattfindenden Mitgliederversammlungen angehalten und evtl. für sie besondere Versammlungen abgehalten werden, in denen Fragen der Arbeitslosenversicherung sowie der Ansprüche und Rechte aus derselben zur Behandlung stehen.“

Das Problem der arbeitslosen Mitglieder.

Ein jahrelang arbeitsloser Kollege schreibt in Nr. 12 der „Metallarbeiter-Zeitung“:

„Die anhaltende Ausweitung der Erwerbslosigkeit ruft unter der Arbeiterschaft nicht nur eine wirtschaftliche Zerrüttung, sondern auch eine seelische Zermürbung hervor.“

„Und so sehe ich unter den gegebenen Umständen für eine gewerkschaftliche Aktion um die Erhaltung dieser verzweifelten Arbeiterschichten nur eine Möglichkeit: Erfassen wir sie in ihrem Alltagsleben, greifen wir hier gestaltend ein.“

Der erste Schritt dazu ist: Öffnet die Gewerkschaftshäuser! Die Räume der Gewerkschaftshäuser sind gewöhnlich außer den Gastzimmern tagsüber unbenutzt. Ich denke da besonders an die Nebenzimmer. Könnte man sie nicht als Aufenthaltsraum den erwerbslosen organisierten Kollegen tagsüber zur Verfügung stellen? Nicht nur, um einen Wärme- und Unterschlupf zu bieten, sondern auch um die Verbindung zwischen den erwerbslosen Kollegen zu schaffen. Wie vorteilhaft könnte man dann die Tageszeit für die arbeitslosen Kollegen ausgestalten — auch zugunsten der Gewerkschaft.“

Zunächst wären diese zwangslosen Zusammenkünfte durch die gesellige Form für den Kollegen eine Befreiung aus der furchtbaren Eintönigkeit. Hier würde sich für den erwerbslosen Kollegen die Gelegenheit bieten zum geistigen Austausch und zur persönlichen Fühlungnahme mit gleichgesinnten und wirtschaftlich gleichgestellten Arbeitern — also ein Ersatz für das, was ihm mit seiner Entlassung aus dem Betrieb geraubt wurde. Ferner für das Studium von Tageszeitungen, für eine Zerstreuung im Karten- und Schachspiel und dergleichen, ohne daß ihm dadurch Kosten entstehen würden.“

Für das jüngere politisch aktive Element wäre eine nützliche Betätigung zu finden, etwa in der Ausgestaltung illustrierter Wandzeitungen über Faschismus, Krieg, Weltwirtschaftskrise, internationale Arbeiterbewegung u. s. f. Sie würden damit sicher ein tieferes Interesse für allgemeine politische und wirtschaftliche Probleme bei den übrigen Kollegen erwecken. Sicher würden sich dann auch aus diesen Kreisen Kollegen für Bildungskurse zusammenfinden. Ferner könnte man diese Zusammenkünfte, je nach den örtlichen Verhältnissen, mit Hilfe verschiedener Organisationen der Arbeiterbewegung noch ausgestalten — zum Beispiel konsumgenossenschaftliche Speisung, Rundfunkübertragung durch Aufstellung eines Lautsprechers durch den Arbeiter-Radiobund u. s. w.“

Vor allem ließe sich durch diese Zusammenkünfte erreichen, daß ein fester Stamm erwerbsloser Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen, die uns vielleicht so verloren gehen, in täglicher Fühlungnahme sich zusammenfinden, und daß man von hier aus gewerkschaftliche Aktionen — Flugblätterverbreitung vor dem Arbeitsamt oder vor Betrieben — organisieren könnte.“

Eine weitere Forderung ist: Schafft zweckmäßige Bildungseinrichtungen.“

Anstrengung schafft auch jetzt Erfolge.

„Der Proletarier“ Nr. 13 schreibt:

„Heraus aus dem lähmenden Pessimismus! So furchtbar die Wirtschaftskrise auf der Arbeiterschaft lastet, so schwere Opfer die Arbeiterschaft im Kampfe um ihre bedrohte Existenz auch bringen muß, so riesengroß die Schwierigkeiten auch scheinen, die Arbeiterklasse, die Arbeiterbewegung ist nicht verloren, solange sie sich nicht selbst aufgibt. Dazu ist aber jetzt weniger als je ein Grund vorhanden, so bergehoch sich die Hindernisse auf unserem Weg zum Sozialismus auch türmen. Gerade die Krise mit ihrem vielfachen Versagen der Wirtschaftsführer wie dieser Wirtschaftsordnung zeigt, daß der Arbeiterklasse die Zukunft und vielleicht schon das Morgen gehört. Der Privatkapitalismus ist am Ende (?Red.). Wenn wir ihn ablösen wollen — und das will die sozialistische Arbeiterbewegung doch —, dann dürfen jetzt auf keinen Fall fatalistische Gleichgültigkeit und tatenloses Zuschauen in unseren Reihen Platz greifen. Die Gewerkschaften sind immer noch das festeste Bollwerk, die schärfste Waffe der Arbeiterschaft, sind immer noch der beste Schutz gegen das völlige Mitreißen in den Strudel der Wirtschaftskrise. Sie müssen erhalten bleiben!“

Und sie können erhalten bleiben! Eine Reihe von schönen und ermutigenden Ergebnissen der großen Werbekampagne in den letzten Monaten des vergangenen Jahres, die auch in diesem Jahre fortgesetzt werden muß, haben wir schon mitgeteilt. Jetzt wollen wir eine Reihe von kleineren Erfolgen aus den Zahlstellen eines Gaus aufzählen, die vielleicht weniger glänzend erscheinen, aber trotzdem unsere wiederholte Behauptung beweisen, daß es durchaus nicht so ist, daß in der Agitation „nichts mehr zu machen“ sei. Vielfach kommt es den Zahlstellenleitungen selbst gar nicht zum Bewußtsein, daß ihre kleinen Erfolge eben doch Erfolge sind, die dazu beitragen, das Verbandsgebäude stark und widerstandsfähig zu erhalten. Wenn die Zahlstelle Annen-Witten z. B. berichtet, daß es gelang, „eine Anzahl einkümiger und verärgerter Kollegen“ der Organisation zu erhalten, wenn Dortmund sechs ehemalige Mitglieder zurückzugewinnen und neun Kollegen mit neuem Mute für die gewerkschaftliche Arbeit zu erfüllen vermochte, wenn in Emmerich 21 Kollegen, die durch die wüste Hetze der RGO veranlaßt, dem Verbands untreu werden wollten, das Selbstmörderische dieser Absicht einsahen und erneut ihre Solidarität mit dem Gewerkschaftsgedanken bekundeten, dann sind das durchaus keine unbeachtlichen Erfolge, denn sie zeigen doch mit aller Deutlichkeit, daß die gewerkschaftliche Idee ihre Kraft noch ungebrochen bewahrt hat. Ähnliche erfreuliche Ergebnisse teilen Arnberg, Neubeckum, Rauxel, Scheuerfeld, Wesel mit. Außerdem konnten in Arnberg 7, in Wuppertal-Barmen 31, in Düsseldorf, wie schon erwähnt, 286, in Essen 26, in Hagen 21, davon durch den Kollegen Fischer (Kabel) allein 15, in Neubeckum 18, in Rauxel 16 neue Mitglieder dem Verbands zugeführt werden.“

Das sind alles kleinere Erfolge, gewiß. Aber aus kleinen Teilergebnissen setzen sich alle großen Erfolge zusammen und viele Wenig machen ein Viel.“

In Nr. 10 teilte „Der Proletarier“ mit, daß der Kollege HANS JÖRG für die Zahlstelle Köln des „Fabrikarbeiter-Verbandes“ in zehn Wochen 61 Mitglieder gewonnen hat. Auch wir wollen seinen Erfolg hier anerkennend erwähnen.“

Erfolgreiche Werbung der Gewerkschaften in der Krise ist sicher keine leicht zu lösende, aber doch eben eine lösbare

Aufgabe. Um dabei zu helfen, wollen wir die wesentlichsten Punkte besonders herausheben.“

Was die „Holzarbeiter-Zeitung“ sagt, sollte ganz besonders beachtet werden, nämlich: daß die Werbekraft der Gewerkschaften um so höher ist, je mehr die Tätigkeit der Gewerkschaften in Erscheinung tritt. Deshalb ist die Führung von Lohnkämpfen auch in der Krise so besonders wichtig und die öffentliche Vertretung der Forderungen der Gewerkschaften auf Tagungen wie dem Krisenkongreß des ADGB längst dringend nötig. Aber damit allein darf es nicht sein Bewenden haben. Die auf dem Krisenkongreß zu erhebenden Forderungen müssen im ganzen Lande in den Gewerkschaftsversammlungen und in besonderen Kundgebungen mit Nachdruck vertreten werden.“

Ähnlich ist es mit den Tarifbewegungen, die für Ende April d. J. in Aussicht stehen. Die Gewerkschaften müssen ihre Stimme kräftig erheben, und die Arbeiter für ihre Forderungen mobil machen, nicht für Forderungen der „Eisernen Front“, wie im Berliner Aufruf der „Eisernen Front“ darin gipfelt: „Nichts für uns, alles für Deutschland!“ („Vorwärts“, vom 30. Januar.) Es wird wohl niemand behaupten wollen, mit dieser Forderung unsere arbeitslosen Kollegen mobil machen zu können.“

Besonders wichtig für die Stärkung der Werbekraft der Kollegen sind die Mitgliederversammlungen. So nötig es ist, die säumigen Kollegen zum Besuch der Mitgliederversammlungen anzuhalten, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt, viel wichtiger ist es, die Mitgliederversammlungen interessant zu gestalten, von dem Kreis der Funktionäre gut vorzubereiten. Nicht an einen Lichtbildervortrag ist da etwa zuerst zu denken, sondern es ist nötig, die aktuellen Fragen der Gewerkschaftsaufgaben auf die Tagesordnung zu setzen. Die Sucht, diese Fragen heute möglichst zu umgehen, rächt sich bitter. Heute besuchen im allgemeinen nur noch 3 bis 5 Proz. der Mitglieder diese Versammlungen. Die Möglichkeiten und die Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes sollten dort in aller Offenheit erörtert werden. Das so erzeugte Vertrauen festigt das Verhältnis der Kollegen zu den Organisationsleitern.“

Freilich gehört Freimut und Sachlichkeit der Leitung dazu, statt Engherzigkeit und Empfindsamkeit, wie sie heute so reichlich vorhanden sind gegenüber jedem kritischen Wort. Der Parteiman in jedem Funktionär hat zurückzutreten, der Wahrheit muß die Ehre gegeben werden. Die Leitung muß hier unbedingt vorangehen.“

Wie wenig Freimut vorhanden ist, wie sehr noch immer Versteck gespielt wird, zeigt folgendes: „Der Proletarier“ sowie die „Metallarbeiter-Zeitung“ wenden sich gegen das „Gerode“ von den hohen Gehältern der Gewerkschaftsbeamten, beide reden herum, keine nennt die gezahlten Gehälter. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ sagt, die Gehälter seien im ganzen um 33 Prozent gesenkt worden, zum Teil durch freiwilligen Verzicht. „Viele unserer Angestellten haben auf weit größere Teile ihres Gehaltes freiwillig verzichtet, als in den genannten Hundertsätzen zum Ausdruck kommt. In einer ganzen Reihe unserer Verwaltungsstellen ist der freiwillige Verzicht bis auf jetzigen Verdienst der schaffenden Kollegen herunter, nein, noch darunter gegangen. Auch diese Angestellten wollen nicht, daß öffentlich davon gesprochen wird, weil sie das Opfer (!) eben für selbstverständlich halten.“ So sehr wir uns freuen, eine solche Mitteilung weitergeben zu können, so sehr enthält sie leider, daß eben nur eine Reihe der Angestellten weitgehend verzichtet hat, und daß es für die übrigen eben nicht selbstverständlich ist, zu verzichten, und daß es deshalb anscheinend nötig ist, von dem Verzicht der anderen öffentlich nicht zu sprechen, und daß es Anstoß erregen würde, wenn die tatsächlich heute noch gezahlten Gehälter bekanntgegeben würden. Das alles ist der Werbekraft sehr abträglich. FRITZ GROB.

Der Perlentaucher.

„Gewidmet den drei treuesten Freunden: RO, dem Ehrenmann aus Rapa (bei Tahiti: —el.); JACK, dem Seemann aus Mexiko; CHARLIE, dem Abenteuerer aus Schanghai.“

„Denn nie traf ich einen ‚weiseren‘ Menschen als jenen schlitzäugigen gelben Kaufmann von den Inseln.“

„Die dramatischsten Vorgänge in meinen Beobachtungsteichen waren die von uns inszenierten Kämpfe zwischen Kraken (achtarmigen Seepolypen, die bis 17 Meter lang werden. —el.) und Haifischen. Feine Leute aus der Stadt haben mir gesagt, daß das grausam sei.“

—el. Diese Sätze stehen in dem Buch eines jungen Schweden, der seine Erlebnisse einem amerikanischen Schriftsteller erzählte. Dieser hat sie niedergeschrieben und das Buch herausgegeben. (VICTOR BERGE und HENRY WYSHAM LANIER: „Der Perlentaucher.“ Frankfurt a. M. 1932. Preis 4,— Mark.)

Was für Erlebnisse!

Durch unglückliche Verhältnisse von Hause vertrieben, verdingt sich der Vierzehnjährige als Matrose und findet nach abenteuerlichen Irrfahrten endlich seinen Beruf: er wird Perlentaucher. Dabei lernt er vielerlei Menschen aller Rassen und Hautfarben kennen, und eine der wertvollsten Erkenntnisse dieses Buches ist wohl die: ein junger, unverbildeter, herzlich unhelesener und also unbeeinflusster Europäer muß draußen in der Südsee feststellen, daß beim Vergleich der „Weißen“ mit den anderen Rassen fast immer der „Weiße“ verflucht schlecht abschneidet. Seine Freunde sind denn auch alle drei keine „Weißen“. Da ist RO, der Südseeinsulaner; da ist JACK, der Mexikaner mit indianischem Blut in den Adern; da ist CHARLIE, der Chinese. Ein internationales Bündnis!

Reich an kaum glaublichen Abenteuern verläuft die Fahrt dieser jungen Menschen; grotesk und schauerlich ziehen die Schilderungen von den Schönheiten und Grausigkeiten der Tiefsee an uns vorüber. Und anscheinend voller Widerspruch der Charakter dieses Jungen: unauslöschlichen Eindruck machte es ihm, daß sein Vater, der aus wirtschaftlicher Not Selbstmord beging, von der Kirche nicht begraben wurde; so unauslöschlichen Eindruck, daß er dieses Kapitel seiner Kindheit überschreibt: „Ich lerne Ungerechtigkeit

kennen.“ Als man dann den heimatlosen Jungen zum Metzger in die Lehre schickt, sträubt sich sein ganzes Wesen gegen diesen Beruf. Und doch öffnet dieser selbste Junge nachher Tausende von Muscheln, und doch merkt man ihm die Genugtuung an über die Tötung von Haifischen und Kraken, wenn er von diesen Ungeheuern berichtet, denen er beinahe selber zum Opfer gefallen wäre. Und geradezu bestialisch ist die Inszenierung jenes Zweikampfes zwischen Hai und Kraken; ein Stierkampf ist im Vergleich damit „eine langweilige, öde, stumpfsinnige Angelegenheit!“ „Feine Leute aus der Stadt haben mir gesagt, daß das grausam sei“, sagt Berge. Nun, auch nicht-feine Leute finden das grausam. Es ist grausam! Aber in dem Satz schwingt doch die ganze Bitterkeit der Lebenserfahrung dieses jungen Menschen mit: was können die feinen Stadtleute urteilen über das harte grausame Leben hier draußen!

Zum Teufel mit der heuchlerischen Moral jener Spielführer! Sie können kein Blut sehen. Ihre Geltungssucht und Geldgier verschuldet aber den sauberen Perlenhandel und solch gefahrvolle Berufe wie den des Perlentauchers. Sie also sind die Verantwortlichen für den Millionenmord an den Muscheltieren, für die Verrohung der Menschen, die die Perlen fischen, — und für die Menschenleben, die beim Nackttauchen zugrunde gehen (hierüber hören wir nichts in diesem Buch!).

Und doch: gerechte Rücksichten auf die Interessen der Tiere — auch der niedrigstehenden Tiere und der Raubtiere! — hat mit Zimperlichkeit nichts zu tun. Wo diese Rücksicht fehlt, da fehlt dem Menschen die Menschlichkeit, das also, was ihn über die Tierwelt hinaushebt. Da entartet Mut, Intelligenz und Kraft leicht zu Roheit, Zynismus und Gemeinheit sogar bei Menschen, die gegenüber den Menschen anderer Rasse und Hautfarbe eine erstaunliche Freiheit des Urteils und ein Gefühl menschlicher Verbundenheit und feinen Taktes entfalten!

So weckt die Lektüre dieses Buches zwiespältige Gefühle in uns: mit Freude erleben wir die Geheimnisse der Tiefsee und die Schönheit, Kühnheit und Kraft unverbildeter Menschen, und mit Schauern stehen wir vor den Abgründen an Grausamkeit in der menschlichen Natur. Ungeschminkt wird hier ein Stück Leben dargestellt, so wie es heute ist: grausam, egoistisch; auch schön; aber kein zurblauses Südsceidyll. Doch wo ihr's packt, da ist's interessant!

Japanischer Wirtschafts-Imperialismus.

Imperialistische Wirtschaftspolitik ist nur möglich auf Grund kapitalistischer Ausbeutung im Heimatland. Die Ausbeutung der Arbeitskräfte gibt der Industrie eine große Verdienstspanne und setzt sie dadurch in Stand, weite Entfernungen und hohe Zollschränken zu überwinden. Je schärfer die Ausbeutung im kapitalistischen Heimatland, desto gefährlicher wird die Konkurrenz dieser Industrie auf dem Weltmarkt. Desto notwendiger wird aber auch — infolge der fehlenden Kaufkraft im Heimatland — der imperialistische Vorstoß. Und er wird sich im Zeitalter der Industrialisierung vorzugsweise auf die Gebiete richten, die noch nicht entsprechend industrialisiert sind, auf die Gebiete des mehr oder weniger mittelalterlichen Agrarkapitalismus. Denn dort winkt ein dreifaches Geschäft: die Möglichkeit, erstens Fabrikanlagen, Maschinen und Hilfsstoffe günstig abzusetzen, zweitens billige Agrarsklaven zu finden — noch billigere und anspruchlosere als im industrialisierten Heimatland! — für Industriebetriebe dort im Lande, drittens billige Rohstoffe zu gewinnen für die Industrie im Heimatland.

Wir können diese Grundzüge der imperialistischen Wirtschaft heute deutlich studieren an dem Vorstoß Japans in die Mandschurei. Recht interessantes Material bringt hierüber die Unternehmerzeitschrift „Der Konfektionär“ (Nr. 17, vom 2. März 1932) in einem Bericht ihres Tokioter Mitarbeiters Professor DON GATO:

„Hätten die japanischen Großindustriellen nicht solche günstige Arbeitsbedingungen und eine so gewaltige Verdienstspanne, so daß sie jede Preisreduzierung sofort parieren könnten, würde der Sturz des englischen Pfundes dem japanischen Handel in Indien, China und den Südseeseln weit größeren Schaden zugefügt haben. So aber konnte sich der japanische Handel behaupten und ist speziell Indien, infolge seiner politischen Einstellung, heute ein großes Absatzgebiet für japanische Baumwollwaren, rohe und gewebte Seidenwaren.“

Was müssen die japanischen Unternehmer vor der Krise verdient haben, wenn sie trotz der Krise und trotz des 30prozentigen Pfundsturzes noch „jede Preisreduzierung parieren können“! — Ueber die Mandschurei insbesondere lesen wir:

„Der Handel mit der Mandschurei ist . . . schon bedeutender und die Rohprodukte dieses Landes sind für Japans Wirtschaft von allergrößter Bedeutung. Daher das zähe Ringen um dieses Land. . . Die Befruchtung der Mandschurei mit japanischem Kapital hat dort Wunder gewirkt. . . Jedenfalls hat die Mandschurei alle Qualifikationen, einmal ein bedeutender Industriestaat des Fernen Ostens zu werden. Ob chinesisch, ob japanisch, gleichgültig! Die Bevormundung hört mit der wirtschaftlichen Erstarkung von selber auf. (W. H.) Die Entwicklung schreitet im Eiltempo vorwärts, und Mukden wird einmal eine Millionenstadt ersten Ranges sein.“

Dieser Professor hat jedenfalls alle Qualifikationen, einmal ein bedeutender Advokat des japanischen Imperialismus zu werden. Seine zynische Sprache ist offenbar auch der Redaktion des „Konfektionär“ unangenehm, denn sie schreibt in einer Vorbemerkung zu dem Aufsatz:

„Wenn Japan darauf ausgeht, aus Mukden eine Millionenstadt, aus der noch dünn bevölkerten Mandschurei aber ein dicht besiedeltes Dominium zu machen, so werden die Millionen Einwohner eben nicht Chinesen, sondern Japaner sein, ihre Lebensbedürfnisse werden von Japan befriedigt, ihre Rohprodukte nach Japan ausgeführt werden.“

Für Sozialisten ist es wichtig, die Vorbedingung des japanischen Imperialismus zu erkennen. Sie liegt in der Machtstellung der japanischen Großindustrie und der Ohnmacht des japanischen Proletariats: Je erfolgreicher der Kriegszug der japanischen Imperialisten endet, desto schlechter wird es den japanischen Proletariern gehen. Was wir von Europa aus für sie tun können, das

Das nennen sie Handelspolitik.

Deutschland: Ab 27. März wird für die Ausfuhr einer Reihe gebräuchter Maschinen und gebräuchter Maschinenteile ein Ausfuhrzoll in Höhe von 800 Mark für einen Doppelpfenniger erhoben. Es handelt sich zum Beispiel um Webstühle, Wirk- und Strickmaschinen, Appreturmaschinen zur Bearbeitung von Metallen, Hölzern oder Steinen, Dampfpressen, hydraulische Schmiedepressen, Nietmaschinen und mechanische Hämmer.

Schweiz: Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, die Zölle für Salpeter, Ammoniak, Holzwaren, Kühlmaschinen, elektrische Apparate zur Zündung, Beleuchtung, Fahrversicherung für Kraftfahrzeuge und Fahrräder zu erhöhen. Für Gemüskonserven, Bäume, Sträucher und andere lebende Pflanzen, Krawatten, seidene Schirme, Nähmaschinen und Holzbearbeitungsmaschinen sind Kontingentierungen erlassen. Dieser Beschluß, der bereits am 23. März gefaßt wurde, ist erst am 26. März veröffentlicht worden, weil man verhindern wollte, daß in der Zwischenzeit von den betreffenden Artikeln noch große Mengen eingeführt wurden.

Ferner tritt sofort ein Ausfuhrzoll in Höhe von 800 Franken (rund 650 Mark) pro Tonne in Kraft für gebrauchte Posamenterstühle, für Posamentier-Hilfsmaschinen und für Bestandteile solcher Maschinen.

Griechenland: Die Athener Handelskammer ist damit beschäftigt, Listen aufzustellen, um die griechische Einfuhr um 2,7 Milliarden Drachmen im laufenden Jahr zu verringern (also gegenüber dem Vorjahr um 20 bis 25 Prozent).

Holland: Ab 1. März ist die Einfuhr von Fahrradreifen auf die Dauer von drei Monaten verboten, wenn sie 95 Prozent der durchschnittlichen Einfuhr während eines Vierteljahres der Jahre 1928/29/30 übersteigt.

Das ist Handelspolitik.

Polen-Deutschland: Im Januar hatte Polen sogenannte Kriseneinfuhrverbote erlassen, die die Einfuhr aus Deutschland erschwerten. Deutschland antwortete mit dem Erlaß des Zolloberstarifes. Durch die Warschauer Verhandlungen, deren Aufnahme wir bereits als Erfolg bezeichneten (in Nr. 55), ist erreicht worden, daß schätzungsweise 80 Prozent der Wareneinfuhr, die durch die polnischen Kriseneinfuhrverbote erfaßt wurden, wieder möglich geworden sind. Durch den Abschluß des Abkommens ist ein scharfer Zollkrieg vermieden worden. Von deutscher Seite werden auf die polnische Butter- und Eiereinfuhr nach Deutschland künftig die normalen deutschen Zölle Anwendung finden, das heißt, der Butterzoll gegenüber Polen wird von 170 auf 100 Mark pro Doppelpfenniger herabgesetzt; der Eierzoll von 100 Mark auf 30 Mark.

Das letzte (?) Lebenszeichen des Preiskommissars.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat am 29. März nach eingehenden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Möglichkeit einer Senkung der bisher erhobenen kommunalen Gebühren, Beiträge und Tarife zu prüfen. In Frage kommen zum Beispiel Gebühren für Müllbeseitigung, Straßenreinigung, Markthallen, Friedhöfe, Badeanstalten, Krankenhäuser, Benutzung von Anschlagsäulen. — Der Preiskommissar regt insbesondere an, nicht alle Gebühren und so weiter zu senken, sondern einzelne besonders kräftig zu senken. Da in den meisten Städten bereits diese oder jene Gebühr gesenkt worden ist, wird es dabei wohl sein Bewenden haben.

ist dies: mit aller Macht auf die Arbeiterorganisationen drücken, damit trotz Versagens des Völkerbundes der japanische Kriegszug zum Versagen gebracht wird; so dann aber jeder nationalen Hetze gegen das japanische Volk als solchem entgegenzutreten. Denn dessen Mehrheit leidet unter „seinen“ kapitalistischen Machthabern gerade so, ja wohl noch mehr, wie wir unter den „unseren“!

Werner Hansen.

Reichsbank. Ausgeglichenere Gold- und Devisen-Bilanz.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel-schecks	Noten-umlauf	Giro-nutzen	Gesamt-Gold-umlauf
15. 3. 1931	2286	209	8	91	1626	3968	266	5511
23. 3. 1931	2286	223	9	87	1465	3766	343	5244
15. 2. 1932	929	144	4	188	3249	4155	371	6042
23. 2. 1932	930	146	11	159	3144	4003	332	5834
15. 3. 1932	877	142	39	200	3264	4113	344	6042
23. 3. 1932	877	142	21	185	3199	4006	492	5940

Vier Wochen lang hatten die Reichsbankausweise ein ungefähres Gleichbleiben der Deckungsbestände der Reichsbank angezeigt. Der Reichsbankausweis von Mitte März zeigte einen Abfluß von Gold und Devisen für insgesamt 17,8 Millionen Mark. Der soeben vorgelegte Ausweis vom 23. März zeigt einen Zustrom von Gold für 0,2 Millionen Mark und deckungsfähigen Devisen für 0,5 Millionen Mark.

Die Ausleihungen der Reichsbank haben sich gegenüber der Vorwoche etwas verringert: Der Bestand an Reichsschatzwechseln hat um 18 Millionen Mark, der Bestand an Lombardforderungen um 65 Millionen Mark, der Bestand an Wechseln und Schecks um 65 Millionen Mark abgenommen. Alle drei Posten zusammen haben sich also um 148 Millionen Mark verringert.

Daß die Giro Guthaben erheblich (um 148 Millionen Mark) zugenommen haben, kommt daher, daß die Reichsbank in der Berichtswoche 200 Millionen Mark Golddiskont-Bank-Aktien übernommen hat und den Gegenwert der Golddiskont-Bank auf Girokonto gutgeschrieben hat. Es handelt sich um die Aktien, die von der Golddiskont-Bank neu ausgegeben worden sind, um die Sanierung der deutschen Großbanken zu finanzieren.

Rpt.

Abermals verkürzte Devisenzuteilung.

Der Reichswirtschaftsminister hat am 29. März angeordnet, daß die einführenden Firmen im April den festgelegten Höchstbetrag ihrer allgemeinen Devisengenehmigungen nur bis zu 55 Prozent in Anspruch nehmen dürfen. (Im vorigen Monat durften sie 65 Prozent in Anspruch nehmen, in den Monaten Dezember bis Februar 75 Prozent.) Für Zahlungsverbindlichkeiten, die diesen Betrag übersteigen, sollen sie Lieferantenkredite und die im Stillhalteabkommen vereinbarten Warenkredite in Anspruch nehmen.

Die Grundlage für die Berechnung des Devisenbedarfs bildet der für Oktober angemeldete Devisenbedarf, und zwar wurde grundsätzlich die Hälfte der damaligen Anmeldungen als „Bedarf“ anerkannt. Die Devisenzuteilung ist also zur Zeit auf 27,5 Prozent des im Oktober angemeldeten Bedarfs beschränkt.

DEUTSCHLAND

Das veränderte Außenhandelsmonopol: Der Reichsverband der deutschen Industrie wird der Reichsregierung vermutlich am Donnerstag Vorschläge über eine „zentrale Regelung“ der Einfuhr machen; es sollen vom Reich aus Einfuhrkontingente für alle Waren festgelegt werden.

Stickstoff: Die vom Reich verpachteten Stickstoffwerke Piesteritz bei Halle konnten ihre Lagerbestände an Düngemitteln zum größten Teil verkaufen, die Produktion soll daher jetzt wieder aufgenommen werden. 500 Arbeiter wurden neu eingestellt; ferner wurden bei dem Kraftwerk, von dem der Strom bezogen wird, 50 Mann neu eingestellt.

Baupolizeiliche Erleichterungen: Bei der Verteilung der Reichsmittel für Stadtrandsiedlungen gehen viele Antragsteller leer aus. Zum Trost sollen ihnen, wenn sie mit eigenen Mitteln bauen wollen und können, die gleichen baupolizeilichen und steuerlichen Erleichterungen zu teil werden, wie den vom Reich finanzierten Siedlungsvorhaben. Der Reichskommissar für vorstädtische Kleinsiedlung erwartet von dieser Maßnahme eine merkliche Belebung der Bautätigkeit!

Zur Geschichte der Maschinenstürmer.

Von Gerhard Kumbelen.

In Nr. 74 wurde der Zweifel daran, daß die sogenannten Maschinenstürmer in England Maschinen zerstörten, um sich dadurch als Handarbeiter Beschäftigung zu erhalten, zunächst begründet durch den Hinweis auf die Intelligenz der Maschinenstürmer und auf die Tatsache, daß nach Einführung von Maschinen die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der betreffenden Industrie zunahm. Das wurde dann im einzelnen am Beispiel des Strumpfwirkeraufstandes von 1598 nachgewiesen.

Die Spinnmaschine.

Wir kommen nun zu der zweiten der hier zu betrachtenden Unruhen, der Zerstörung der Maschinen zu Ausgang des 18. Jahrhunderts. Hier muß uns sofort die Meinung eines guten Kenners der Textilindustrie aus dem Jahre 1790 stützig machen, der berichtet, daß sich damals die Bevölkerung im allgemeinen so sehr an den Gebrauch der Maschinen gewöhnt hatte, daß es eher zu Unruhen kommen würde, wenn man versuchen wollte, die Maschinen wieder fortzunehmen. Dies im Jahre 1790!

Woher rührt es nun, daß wir schon wenige Jahre später von großen Zusammenrottungen hören, bei denen sich die Wut der Menge gegen die Spinnmaschinen richtete, von denen viele zerschlagen wurden? Hier müssen wir nun zunächst in Betracht ziehen, daß die Erfinder der Spinnmaschinen (mit Ausnahme von S. CROMPTON) Patente für ihre Maschinen erworben hatten, was zur Folge hatte, daß der Verkaufspreis für Spinnmaschinen sehr hoch war. Dies wiederum bedeutete, daß viele sich diese Spinnmaschinen nur unter großen Opfern oder überhaupt nicht verschaffen konnten. Dadurch war die Beschäftigung von Arbeitern in der Spinnerci künstlich beschränkt. Diese Zusammenhänge wur-

den zu jener Zeit durchaus erkannt, und die Empörung gegen solche Ausbeutung der Erfindungen war allgemein.

Von der Forderung nach Beseitigung der Spinnmaschinen war auch hier nicht die Rede. Aber etwas anderes spielte bei den Unruhen jener Zeit und in den Forderungen der Aufständischen eine besondere Rolle. Die Jahre, um die es sich hier handelt, waren Zeiten schlechter Konjunktur, zusammenfallend mit einem Steigen der Lebenshaltungskosten. Die Konjunktur war schlecht nach der Beendigung des Siebenjährigen Krieges und des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, und zwar aus denselben Gründen, aus denen nach allen großen Kriegen eine Konjunkturverschlechterung in kapitalistischen Ländern eintritt: Die Kaufkraft der Konsumenten war erheblich geschwächt. Für die englische Textilindustrie handelte es sich damals um die Kaufkraft der Konsumenten in Europa und Nord-Amerika. Durch deren Schwächung wurde ein erheblicher Rückgang des Absatzes und somit der Produktion verursacht. Die Folge davon war große Arbeitslosigkeit in den Textilgebieten, wo noch wenige Jahre vorher „die Spinner prahlerisch in den Straßen herumstolzierten und sich 5-Pfund-Noten an die Hüfte gesteckt hatten“. Dabei stiegen die Lebenshaltungskosten während der ganzen zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Es bestanden Einfuhrzölle und Ausfuhrprämien auf Getreide, eine Reihe von schlechten Ernten folgten einander, die städtische Bevölkerung nahm rasch zu, neue Verbesserungen der landwirtschaftlichen Methoden wurden gegen Ende des Jahrhunderts nicht mehr gemacht.

Das Massenelend, das durch das Zusammentreffen von Arbeitslosigkeit und steigendem Preisstand hervorgerufen wurde, entfesselte schließlich die Aufstände, die sich im Textilgebiet gegen die Maschinen richteten, da man in deren Herstellern die Ausbeuter sah. Der Zusammenhang zwischen solchen Aufständen und Wirtschaftskrisen ist, wie auch die folgenden Beispiele lehren werden, kein zufälliger. In den Anfängen des modernen Kapitalismus gibt es viele Beispiele dafür, daß das Massenelend zur Zeit wirtschaftlicher Depressionen Kräfte auslöste, die sich dann gegen eine Form der Ausbeutung wandten, die den Massen schon lange ein Dorn im Auge gewesen war.

Die Luddisten-Erhebungen.

Aehnlich liegt es in der nächsten Periode, der Zeit der Napoleonischen Kriege. In sie fallen die sogenannten Luddisten-Erhebungen, die ihren Namen daher haben, daß ein gewisser NED LUDLAM einer der Führer in diesem Aufstand war. In jenen Jahren, besonders 1811 und 1812 war der britische Handel durch die von Napoleon verhängte Kontinentalsperre sehr behindert, so daß Arbeitslosigkeit in den Textilgebieten keine Seltenheit war. Die Lebenshaltungskosten stiegen infolge des Krieges noch rascher als in der vorhergehenden Periode. Unruhen waren daher unvermeidlich.

Das Bemerkenswerte an diesen Aufständen ist, daß die Zerstörung von Maschinen zur Hauptsache in Gebieten vorkam, in denen die Maschinen schon seit langem eingeführt waren, in denen es sich also gar nicht darum handeln konnte, daß Handarbeiter durch die Einführung von Maschinen brotlos wurden. Das Zentrum des Aufstandes war Mittelengland, die Hauptbeteiligten waren Strumpfwirker! In ihrer Industrie war die Handarbeit schon seit dem 17. Jahrhundert fast völlig verschwunden, in ihr aber wurden gerade 1811 die meisten Maschinen zerschlagen.

Aus dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission über jene Unruhen ergibt sich ein ganz klares Bild über die Beweggründe der Maschinenstürmer: Sie waren empört darüber, daß die Unternehmer hohe Profite erzielten, während sie selber hungern mußten. Sie hatten lange Jahre hindurch einen Haß gegen Unternehmer genährt, die sich ihren Arbeitern gegenüber als besonders brutal gezeigt hatten. Sie glaubten den Unternehmern am besten dadurch Schaden zufügen zu können, daß sie ihre Ausbeutungsmittel, die Maschinen, zerschlugen.

Man mag nun der Ansicht sein, daß das kein besonders kluges Mittel war, um sich der Ausbeutung zu entledigen, so daß in diesem Sinne die Zerstörung der Maschinen verfehlt war; aber die Annahme, daß die Maschinen von Handarbeitern zerstört wurden, die durch sie brotlos geworden waren, läßt sich auch in diesem Falle unter keinen Umständen aufrecht erhalten. (Schluß folgt.)